

1.	Amtliche Statistiken und Migrationshintergrund	551
2.	Daten zur demographischen Struktur der ausländischen Bevölkerung	553

TABELLEN:

1.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960 bis 2003	559
2.	Wanderungen von Ausländer/innen in das und aus dem Bundesgebiet 1996–2003	560
3.	Geburten von deutschen und ausländischen Kindern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1962-2003	561
4.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 1998–2003	562
5.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach häufigsten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2003.....	563
6.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, Geschlecht und Älteren am 31. Dezember 2003	564
7.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen, Geschlecht und in Deutschland Geborenen am 31. Dezember 2003.....	565
8.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und in Deutschland geborene Ausländer am 31.12.2003	566
9.	Eheschließungen von deutschen und ausländischen Partnern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960-2003	568
10.	Eheschließungen in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Ehepartner in den Jahren 1960–2003	569
11.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer am 31. Dezember 2003.....	570
12.	Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsstatus am 31. Dezember 2003	571
13.	Ausländische Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Schulart der Sekundarstufe I und II (allgemeinbildende Schulen) im Schuljahr 2002/03	572
14.	Schulabschlüsse von deutschen und ausländischen Schulentlassenen an allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht in den Schuljahren 1991/92, 1994/95 und 2001/02	573
15.	Deutsche und ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss bzw. mit Abitur nach ausgewählten Bundesländern im Schuljahr 2001/2002.....	574
16.	Ausbildungsquote ausländischer Auszubildender in der Bundesrepublik Deutschland nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Jahren 1994 und 2000 bis 2002.....	574
17.	Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlicher sowie Ausländeranteil: Auszubildende und Bevölkerung nach alten und neuen Bundesländern in den Jahren 2002 und 2003	575
18.	Deutsche und ausländische Teilnehmer an beruflichen Schulen ohne Berufsschulen im dualen System und Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) in kooperativer Form.....	576
19.	Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss im westlichen Bundesgebiet und Berlin. Deutsche und Ausländer zwischen 24 und 29 Jahren im Jahr 2000	577

20.	Ausbildungsberufe 2002: Die zehn häufigsten von ausländischen Auszubildenden in der Bundesrepublik Deutschland gewählten Ausbildungsberufe 2002 im Vergleich zu 2001	577
21.	Entwicklung der Erwerbsquoten von deutschen und ausländischen Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland 1991-2003	578
22.	Ausländische Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland nach Stellung im Beruf und Geschlecht 1991 bis 2003	579
23.	Berufliche Bildung von selbständig und abhängig Beschäftigten in den alten Bundesländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2002	580
24.	Entwicklung der Selbständigenquote von deutschen und ausländischen Erwerbstätigen nach Geschlecht in den Jahren 1975 bis 2004	580
25.	Selbständig beschäftigte Ausländer in den alten Bundesländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Zeitpunkt des Zuzugs nach Deutschland 1996 und 2002	581
26.	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach Geschlecht 1999 bis 2003	582
27.	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland nach Geschlecht in den Jahren 1999-2003	583
28.	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. März 2004	584
29.	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Beschäftigungsquote nach ausgewählten Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland 1998-2003	585
30.	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach Wirtschaftszweigen	586
31.	Geringfügig entlohnt Beschäftigte in Deutschland nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht am 31. März 2004	587
32.	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit 1999 bis 2003	588
33.	Geringfügig entlohnt beschäftigte Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. März 2004	589
34.	Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Ausländer, Deutschen und Spätaussiedler von 1992 bis 2003	590
35.	Arbeitslose Ausländer im Jahr 2003 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	591
36.	Arbeitslose Ausländer, Spätaussiedler und Deutsche nach ausgewählten Strukturmerkmalen am 30. September 2001, 2002 und 2003	592
37.	Arbeitslose Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit in den Jahren 1999-2003	593
38.	Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland nach Beteiligung am Erwerbsleben und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen im Mai 2003	594
39.	Privathaushalte mit erwerbstätiger Bezugsperson in der Bundesrepublik Deutschland nach Stellung im Beruf und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen im Mai 2003	595

40.	Bausparverträge und Rücküberweisungen von ausländischen Arbeitnehmern und Auszubildenden in der Bundesrepublik Deutschland 2001	596
41.	Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit, Art der Nutzung und Fläche der Wohneinheit in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) im Jahr 2002.....	596
42.	Entwicklung der Gesamtzahl der Einbürgerungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland nach Rechtsgründen sowie Einbürgerungsquoten in den Jahren 1994–2003.....	597
43.	Einbürgerungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Nationalitätengruppen mit hohen Zahlen vollzogener Einbürgerungen in den Jahren 2002 und 2003	598
44.	Eingebürgerte Personen in der Bundesrepublik Deutschland nach Bundesländern in den Jahren 2001-2003	599
45.	Ausländische Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich Asylbewerber und Aufnahme aus humanitären Gründen nach Gruppen von 1999–2003 Bestand jeweils zum Jahresende	600
Erweiterung der Europäischen Union – Auszug Beitrittsakte/ANHANG V		
	Tschechische Republik	601

1. Amtliche Statistiken und Migrationshintergrund

Die amtlichen Statistiken, die in Deutschland über Zugewanderte zur Verfügung stehen, sehen bislang eine Differenzierung ausschließlich nach Staatsangehörigkeit vor. In den letzten Jahren ist wiederholt problematisiert worden, dass dies zu einer Verzerrung der Datenlage führt, da eingebürgerte Migrantinnen und Migranten und spätausgesiedelte Familien als Deutsche erfasst werden und ihr Migrationshintergrund unberücksichtigt bleibt. Außerdem werden durch das seit 2000 gültige Staatsangehörigkeitsgesetz pro Jahr Zehntausende der in Deutschland von Ausländerinnen geborenen Kinder bei Geburt Deutsche, so dass ihr Migrationshintergrund statistisch nicht erkennbar ist.

Aus der Datenlage ergeben sich nach Ansicht von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern spezifische Informationsdefizite, die die Aussagekraft der Statistiken gegenwärtig in Frage stellen.¹ Dies betrifft zum Beispiel die Demographie und Bevölkerungsprognose, da es inzwischen unmöglich geworden ist, die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in die Zukunft fortzuschreiben sowie präzise Daten über die Verteilung von Zugewanderten und ihre Konzentration in bestimmten Stadtteilen zu bekommen. Über die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund liegen jeweils keine Zahlen vor. Diese können, nach Altersgruppen differenziert, beispielsweise als Datengrundlage für eine zielgruppenspezifische Bildungsplanung und Maßnahmeorientierung der Jugendarbeit sinnvoll sein. Des Weiteren geben die amtlichen Statistiken keinen ausreichenden Aufschluss über Teilnahmequoten von Personen mit Migrationshintergrund an staatlichen Angeboten und die erreichten Erfolge.

In dieser aktuellen Diskussion, die gegenwärtig sowohl von der Politik als auch von der Wissenschaft aufgegriffen wird, geht es deshalb insbesondere um die Frage, welche Erhebungsmerkmale sich anbieten, um den familiären Migrationshintergrund einheitlich in den amtlichen Statistiken erfassen zu können, sofern dieser für den Informationsbedarf notwendig ist. Bisher ist noch weitgehend unklar, was unter „Migrationshintergrund“ überhaupt erfasst werden soll. So könnte sich dieser daran bemessen lassen, ob die Eltern (oder Großeltern) einer Person selbst aus einem anderen Land zugewandert sind, oder die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer wird um jene erweitert, die im Laufe ihres Lebens eingebürgert wurden. Unklar ist jedoch, ob ein zugewanderter Elternteil (oder Großelternanteil) bereits einen „Migrationshintergrund“ ausmacht, oder ob dieser nur bei einer Zuwanderung beider Elternteile angenommen werden soll. In einigen Kommunen und Ländern werden inzwischen Daten zum Personenkreis mit Migrationshintergrund konstruiert, indem mehrere Merkmale aus dem Einwohnermelderegister kombiniert werden. Dabei gibt es kein einheitliches Verfahren, so dass die Zahlen nicht zu vergleichen sind.

Die Beauftragte hat große Vorbehalte gegen die Erhebung von Daten und Verknüpfung von Merkmalen in der amtlichen Einwohnermeldestatistik, die Personen mit Migrationshintergrund abbilden sollen. Hierbei bestehen vor allem datenschutzrechtliche Vorbehalte, denn Daten über Individuen, die mit Hilfe weiterer Kategorisierungen zu erheben wären, bergen die Gefahr, dass diese zu anderen als den beabsichtigten Zwecken genutzt werden können. In der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion kann dies dazu führen, dass eingebürgerte Personen als „Deutsche mit Migrationshintergrund“ stigmatisiert werden und Ihnen eine gesellschaftliche Anerkennung als Deutsche und eine rechtliche Gleichbehandlung erschwert oder gar verwehrt wird.

Gleichwohl ergeben sich in spezifischen Bereichen durchaus Gründe, die eine gesonderte Ausweisung von Zuwanderergruppen unabhängig von der Staatsangehörigkeit notwendig erscheinen lassen. Hierbei sollte jedoch grundsätzlich das Erforderlichkeitsprinzip gelten, so dass die Generierung von entsprechenden Daten einer fachlichen Begründung bedarf. In einigen Fällen sollte zudem überprüft werden, welche Angaben wirklich benötigt werden, so zum Beispiel in den

¹ Vgl. Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 11. Jahrgang, Band 5, Hamburg 2002, S. 24ff.

Bildungsstatistiken, wo die Ausweisung der Muttersprache als verlässlicheres Merkmal erscheint und dem Merkmal „Migrationshintergrund“ vorzuziehen ist.

Im neuen Mikrozensusgesetz, das zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten ist, wurde entsprechend dem Erforderlichkeitsprinzip vom Gesetzgeber die Aufnahme neuer Merkmale begründet.² Die Erweiterung des Fragebogenkatalogs um die Items „frühere Staatsangehörigkeit von Eingebürgerten“, „Staatsangehörigkeit der Eltern von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern“, „Zuzugsjahr“ und „Anzahl von im Ausland lebenden Kindern, Ehegatten und Eltern“ berücksichtigt die zunehmende Bedeutung von Migration und unterstützt zukünftig eine sachgerechte Integrations- und Migrationsberichterstattung.

Des Weiteren ist das SGB III im Rahmen des Job-AQTIV-Gesetzes seit dem 1. Januar 2003 dahingehend geändert worden, dass die neue Eingliederungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit insbesondere auch Angaben zur Arbeitssituation von Personen mit Migrationshintergrund enthalten soll.³ Anhand dieser Daten werden Erkenntnisse über die Teilhabe von Versicherten mit Migrationshintergrund an den aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen und über deren Eingliederungserfolg erwartet. Eine Umsetzung dieser Vorgabe steht jedoch vonseiten der Bundesagentur für Arbeit weiterhin aus.

Ferner plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ab März 2006 die Aufnahme von migrationsspezifischen Items in der Kinder- und Jugendhilfestatistik. Aufgrund dieser Erweiterung könnten ab 2007 erste Auswertungsergebnisse vorliegen, die Informationen darüber liefern, welche Personengruppen an den Angeboten der Kindertageseinrichtungen teilnehmen, woraus notwendige und zielgruppenspezifische Angebote abgeleitet werden könnten.⁴

Ein dringender Handlungsbedarf zeigt sich nach wie vor in der Novellierung der amtlichen Schulstatistiken. Dies war für das Bundesministerium für Bildung und Forschung Anlass, die Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung im Juni 2004 bei der Durchführung eines Expertenforums zu „Bildungsdaten und Migrationshintergrund“ finanziell zu unterstützen.⁵ Das hohe Interesse sowohl vonseiten der Wissenschaft und Forschung als auch der Politik an dem genannten Forum unterstreicht den dringenden Bedarf, die Problematik der unzureichenden Bildungsberichterstattung in Bezug auf Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bundesweit aufzugreifen, um zukünftig u. a. eine die Migration berücksichtigende Bildungsplanung zu ermöglichen. Als beispielhaft gilt in diesem Kontext die Erhebung des Migrationshintergrundes von Schülerinnen und Schülern, die in der PISA-Vergleichsstudie untersucht wurden (vgl. B.I.).

Im Rahmen weiterer Überlegungen und Gesetzesinitiativen sollte versucht werden, sich auf einheitliche Items zur Erfassung des Migrationshintergrundes zu verständigen, die eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Statistiken ermöglichen und von den Personengruppen nicht als diskriminierend empfunden werden.⁶ Um die Integration von Zugewanderten und ihren Kindern besser

² Vgl. BT-Drs. 15/2543.

³ § 11 Abs. 9 SGB III.

⁴ Vgl. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik: Überarbeitungs- und Änderungsvorschläge für die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Zusammenstellung aus den Ergebnissen des Forschungsprojektes „Jugendhilfestatistik“, Dortmund, 1999, S. 15.

⁵ Vgl. www.wz-berlin.de/zkd/aki/files/juli%2004.pdf.

⁶ Die problematische Unterscheidung zwischen „deutschen“ und „ausländischen“ Jugendlichen zeigte sich u. a. maßgeblich bei der Shell-Studie 2000, die sich explizit zum Ziel setzte, ausländische Jugendliche in allen Phasen der Studie mit einzubeziehen. Jedoch wurde das Kriterium Staatsbürgerschaft von den betroffenen Jugendlichen als „diskriminierend, integrationsfeindlich, ja nationalistisch“ empfunden und von den Forscherinnen und Forschern nachträglich in Frage gestellt. Im Gegensatz dazu gelang es z.B. im Sechsten Familienbericht der Bundesregierung, in dem „Familien ausländischer Herkunft“ zentraler Gegenstand des Berichts sind; eine ausgewogene Kategorisierung vorzunehmen. Vgl. Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, a.a.O.

untersuchen und abbilden zu können, sind Statistiken notwendig, welche die Migrantinnen und Migranten nach erster, zweiter und dritter Generation unterscheiden. Diese Daten würden es ermöglichen, Integrationsverläufe in der Generationenfolge besser erfassen und Integrationsmaßnahmen optimieren zu können. Als statistische Angaben müssten hierfür das Herkunftsland der Eltern und der Zeitpunkt der Einreise erfasst werden.⁷

Die Beauftragte begrüßt die Durchführung von repräsentativen Untersuchungen, in denen die Integrationsverläufe von Zugewanderten untersucht werden. Dabei sollten neben der Staatsangehörigkeit auch andere integrationsrelevante Merkmale, wie der Aufenthaltsstatus sowie Bildungs- und sozialer Status, erhoben und eingebürgerte Migrantinnen und Migranten ebenfalls erfasst werden. Die Beauftragte begrüßt zudem die Empfehlung des Zuwanderungsrates, ein „Integrations-Panel“ einzurichten.⁸ Die empfohlene repräsentative, auf eine lange Erhebungszeit angelegte Längsschnittstichprobe der Zuwandererbevolkerung würde dazu beitragen, mit Hilfe der Daten Integrationsprozesse verschiedener Zuwandergruppen und -generationen nachzeichnen und kausal analysieren zu können.

2. Daten zur demographischen Struktur der ausländischen Bevölkerung

2.1 Daten zur ausländischen Wohnbevölkerung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebten zum Ende des Jahres 2003 insgesamt 7 335 Mio. Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.⁹ Die Ausländerquote lag, wie auch in den voran gegangenen sechs Jahren, bei 8,9 %. Im europäischen Vergleich weisen z.B. Luxemburg (36,9 % im Jahr der letzten Volkszählung 2001), Liechtenstein (34,4 % Ende 2003) und die Schweiz (20,4 % Ende 2003) höhere Ausländerquoten auf. Die Quoten für Belgien (8,3 % Anfang 2004), Frankreich (5,6 % im Jahr der letzten Volkszählung 1999) und Schweden (5,3 % Ende 2003) und Weitere liegen darunter.

Der Ausländerbestand eines Landes hängt zum einen von der Zu- und Abwanderung von ausländischen Staatsangehörigen, zum anderen von ihrer Geburtenentwicklung und Sterblichkeit ab. Die im internationalen Vergleich relativ hohe Ausländerquote Deutschlands spiegelt aber auch und immer noch das bis zum Ende des Jahres 1999 gültige Staatsangehörigkeitsrecht wider. Aufgrund der mit dem alten Staatsangehörigkeitsrecht verbundenen Restriktionen für den Erhalt eines deutschen Passes ist der Anteil der nicht-deutschen Migrantinnen und Migranten *und* der bereits in Deutschland Geborenen, die einen ausländischen Pass besitzen, relativ hoch geblieben. In den Niederlanden beispielsweise, welche wie Deutschland seit den 60er Jahren die Anwerbung

⁷ Im Sozioökonomischen Panel des DIW (SOEP) werden Zuwanderinnen und Zuwanderer nach Geburt und Staatsangehörigkeit differenziert. Dies führt zu einer Gruppe von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die im Ausland geboren sind und damit als „erste Generation“ bezeichnet werden und einer Gruppe von Ausländern, die im Inland geboren sind („zweite Generation“). Gefragt wird darüber hinaus nach dem Ausiedlerstatus. Die hier vorgenommene Unterteilung in erste und zweite Generation der Zuwanderer ist jedoch keineswegs präzise und genügt auch nicht, um Integrationsverläufe darzustellen. Allerdings lassen sich bei diesen Daten große Ähnlichkeiten zwischen in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern und in Deutschland geborenen Deutschen erkennen. Vgl. z.B. die Analyse des Sozioökonomischen Panels bei Fertig, Michael: *The Societal Integration of Immigrants in Germany*. RWI: Discussion Papers No. 18. Essen 2004.

⁸ Vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration: *Migration und Integration – Erfahrungen nutzen, Neues wagen*. Jahresgutachten 2004, S. 425f.

⁹ Das Statistische Bundesamt hat am 2. Mai 2005 mitgeteilt, dass die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer nach einer Bereinigung des Ausländerzentralregisters korrigiert wurde. Die Zahl der ausländischen Personen – im Jahr 2003 mit 7,3 Millionen angegeben – wurde um 618 000 Personen (bzw. 8,4%) nach unten korrigiert und beträgt zum Jahresende 2004 offiziell 6,7 Millionen. Die Zahlen von 2003 und 2004 sind daher nicht direkt miteinander vergleichbar.

von ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern betrieb, ist der Ausländeranteil aufgrund der früher liberaleren Einbürgerungsregelungen weitaus niedriger (4,3 % Anfang 2004).¹⁰

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts am 1. Januar 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt. Die Zahl der in Deutschland geborenen Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit sinkt seit 2000 dementsprechend (vgl. Tabelle 3).

An der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer insgesamt hat sich zwischen 2002 und 2003 nur wenig verändert (-1 000 Personen). Die Zahl der neu geborenen ausländischen Kinder und die Zahl der Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern nach Deutschland wurde durch Fortzüge, Sterbefälle und Einbürgerungen ausländischer Personen ausgeglichen. Für die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland in den kommenden Jahren wird unter gleichen Bedingungen davon auszugehen sein, dass die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer eher abnimmt. Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung wird voraussichtlich aufgrund der zu erwartenden Abnahme der Gesamtbevölkerung mittelfristig (vgl. Statistisches Bundesamt: 10. koordinierte Bevölkerungs-vorausberechnung bis 2050) noch leicht ansteigen.

2.1.1 Staatsangehörigkeiten der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer

In Deutschland wird die Staatsangehörigkeit der Wohnbevölkerung in den Melderegistern erfasst. Dabei wird für jede Person lediglich eine Staatsangehörigkeit in den Statistiken ausgewiesen. Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten lassen sich in der Statistik nicht erkennen. So wird bei Deutschen grundsätzlich keine weitere Staatsangehörigkeit in den Statistiken ausgewiesen. Auch mehrere Staatsangehörigkeiten bei der ausländischen Bevölkerung werden nicht ausgewiesen.

Ein Viertel aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer besaß Ende 2003 die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates (25,2 %)¹¹. Dieser Anteil ist seit Mitte der 1990-er Jahre weitgehend konstant geblieben. Ein weiteres Viertel der ausländischen Bevölkerung in Deutschland stammt aus der Türkei (25,6 %). Dieser Anteil hat sich seit 1998 (28,8 %) leicht verringert (vgl. Tabelle 4).

Die höchsten Anteile an allen EU-Ausländerinnen und Ausländern stellen zum Jahresende 2003 nach wie vor die Staatsangehörigen von Italien mit 32,5 %, gefolgt von Griechenland mit 19,2 %, Österreich (10,2 %), Portugal (7,1 %), Spanien (6,8 %), Niederlande (6,4 %), Großbritannien und Frankreich (jeweils 6,1 %) (vgl. Tabelle 5 im Anhang). Im Vergleich zu 2001 haben lediglich die Niederlande und Großbritannien ihre Rangplätze getauscht.

Sinkende Anteile sind, neben den in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken, auch bei Staatsangehörigen anderer ehemaliger Anwerbeländer festzustellen. So nahm der Anteil der Staatsangehörigen aus Serbien/Montenegro von 9,8 % im Jahr 1998 bis 2003 auf 7,7 % ab. Ebenfalls leicht gesunken sind die Anteile der Personen aus Italien, Spanien und Griechenland sowie der aus Bosnien-Herzegowina stammenden Ausländerinnen und Ausländer. Allein der Anteil der Kro-

¹⁰ In den Niederlanden werden in der Regel keine Daten zur Staatsangehörigkeit verwendet. Üblich sind dagegen Zahlen, die zwischen „Autochthonen“ und „Allochthonen“ unterscheiden. Die erste Generation der Allochthonen umfasst die im Ausland geborenen Personen mit mindestens einem im Ausland geborenen Elternteil, die zweite Generation der Allochthonen die im Inland geborenen Personen mit wenigstens einem im Ausland geborenen Elternteil. Mehr als 19 % der Bevölkerung wurden Anfang des Jahres 2004 diesen beiden Kategorien der Allochthonen zugeordnet.

¹¹ Zum Jahresende 2003 war die so genannte EU-Osterweiterung um 10 neue Staaten noch nicht erfolgt. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer aus EU-Staaten stieg durch die EU-Erweiterung deutlich an. Aktuelle Zahlen sind jedoch noch nicht verfügbar.

atinnen und Kroaten nahm geringfügig zu und stieg von 1998 (2,9 %) bis 2003 (3,2 %) (vgl. Tabelle 4).¹²

Bei den Ausländerinnen und Ausländern aus Nicht-Anwerbeländern ist vor allem der Anteil der polnischen Staatsangehörigen zwischen 1998 und 2003 gestiegen: Während 1998 noch 3,9 % aller in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen polnischen Pass besaßen, waren dies 2003 bereits 4,5 %. Deutlich gesunken ist der Anteil der Staatsangehörigen aus Iran von 1,6 % 1998 auf 1,1 % im Jahr 2003, was vor allem auf deren relativ hohe Einbürgerungsquoten zurückzuführen ist (vgl. Tabelle 4).

Die größte Gruppe der ausländischen Wohnbevölkerung bilden die türkischen Staatsangehörigen. Ende des Jahres 2003 lebten 1,88 Mio. Türkinnen und Türken in Deutschland. Die zweitgrößte ausländische Bevölkerungsgruppe stammt nun nicht mehr aus Serbien/Montenegro sondern aus Italien: 601 258 Italiener (8,2 % der gesamten ausländischen Bevölkerung) waren 2003 in Deutschland gemeldet, 568 240 aus Serbien/Montenegro, was einem Anteil von 7,7 % entspricht. An vierter Stelle folgen nach wie vor Griechenland mit 354 630 (4,8 %), dann Polen mit 326 882 (4,5 %), Kroatien mit 236 570 (3,2 %) und Österreich mit 189 466 (2,6 %) Personen. Neu in der Rangfolge der zehn stärksten ausländischen Bevölkerungsgruppen in Deutschland ist die Russische Föderation auf Rang acht mit 173 480 Angehörigen (2,4 %). Des Weiteren lebten 167 081 Personen aus Bosnien-Herzegowina (2,3 %) und 130 623 Portugiesinnen und Portugiesen (1,8 %) in Deutschland (vgl. Tabelle 5).

2.1.2 Geschlecht, Altersgruppen und Geburtsort von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland

Im Jahr 2003 waren 3,89 Mio. (53,1 %) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit männlichen, 3,44 Mio. (46,9 %) weiblichen Geschlechts. Im Unterschied zur deutschen Bevölkerung ist der Männeranteil also nach wie vor höher (vgl. Tabelle 6).

1,34 Mio. Ausländerinnen und Ausländer (18,3 %) waren im Jahr 2003 unter 18 Jahre alt. Dieser Anteil hat sich gegenüber 2001 (20 %) verringert. 5,56 Mio. waren zwischen 18 und 65 Jahren alt (75,7 %), 65 Jahre und älter waren weitere 440 900 (6,0 %). Hier lagen die Anteile im Jahr 2001 bei 74,9 % bzw. 5,1 %. Bei der deutschen Bevölkerung lagen die entsprechenden Anteile im Jahr 2002 bei 18,3 % (unter 18-jährige), 63,1 % (18 bis unter 65-jährige) und 18,6 % (über 65-jährige). Obwohl die ausländische Bevölkerung insgesamt also „gealtert“ ist, ist sie im Vergleich zur deutschen doch wesentlich jünger (vgl. Tabelle 7).

Betrachtet man die über 60-jährigen im Jahr 2003 in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer nach ihrer Herkunft, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Während 14,4 % aller EU-Ausländerinnen und Ausländer, 10,2 % der Türkinnen und Türken, 10,8 % der Personen aus Serbien und Montenegro und 12,1 % der Italienerinnen und Italiener über 60 Jahre alt waren, hatten nur 4,4 % der Afrikanerinnen und Afrikaner und 4,2 % der Asiatinnen und Asiaten dieses Alter bereits erreicht (vgl. Tabelle 6).

Bereits jede fünfte Person ohne deutsche Staatsangehörigkeit wurde in Deutschland geboren (20,5 %). Bei den Kindern unter sechs Jahren macht diese Gruppe 84,7 % aus (264 800). Bei der Altersgruppe der unter 18-jährigen wurden insgesamt 919 400 im Inland geboren; das entspricht einem Anteil von 68,7 %. Dabei zeigt sich, dass insbesondere Gruppen mit einer Staatsangehörigkeit aus den ehemaligen Anwerbeländern einen vergleichsweise hohen Anteil an bereits in Deutschland Geborenen aufweisen. So liegt dieser Anteil bei Staatsangehörigen der Türkei bei

¹² Die Anteile der Ausländerinnen und Ausländer aus Bosnien-Herzegowina und aus Serbien/Montenegro nahmen vor allem deswegen ab, da sich unter den Rückkehrern viele Flüchtlinge befanden. Bei den Staatsangehörigen von Kroatien fand die Rückkehr bereits vor 1998 statt.

34,9 %, bei jenen von Italien bei 28,8 %, bei jenen von Griechenland bei 26,7 %, bei den Spanierinnen und Spaniern bei 23,8 %, bei den Marokkanerinnen und Marokkanern bei 21,1 % und bei Staatsangehörigen von Serbien/Montenegro bei 19,8 %. Noch relativ geringe Anteile von in Deutschland geborenen Personen weisen beispielsweise die Staatsangehörigen von Polen mit 5,2 % oder der Russischen Föderation (2,7 %) auf (vgl. Tabellen 7 und 8), die in ihrer Mehrzahl erst in den Jahren seit 1990 nach Deutschland kamen.

In Zukunft wird der Anteil der in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer bei den Staatsangehörigkeitsgruppen mit durchschnittlich langer Aufenthaltsdauer wie bereits in den vergangenen Jahren weiter zurückgehen. Auch ist zu erwarten, dass durch die verbesserten Einbürgerungsmöglichkeiten die in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen ohne deutsche Staatsangehörigkeit verstärkt die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen werden.

2.1.3 Geburtenentwicklung und Sterbefälle

Die längerfristige demographische Entwicklung in Deutschland ist durch die Abnahme der deutschen Bevölkerung und durch die Änderung der Altersstruktur gekennzeichnet. Während der Anteil der jüngeren Altersgruppen deutlich abnimmt, steigt der Anteil der älteren Bevölkerungsgruppen stetig an. Die Geburtenentwicklung in Deutschland ist durch einen kontinuierlichen Rückgang der Lebendgeborenen deutscher Staatsangehörigkeit geprägt. Wurden im Jahr 1991 noch 830 019 Kinder deutscher Staatsangehörigkeit geboren, waren dies im Jahr 2002 nur noch 719 250.¹³

Seit dem Beginn der 1970er bis in die 1990er Jahre machten Kinder ausländischer Eltern durchschnittlich zwischen 8 und 17 % aller in Deutschland geborenen Kinder aus. Dieser Anteil lag in den 1990er Jahren zwischen 11 und 13 %. Im Jahr 1999, dem letzten Jahr der Gültigkeit des alten Staatsangehörigkeitsrechts, lag der Anteil bei 12,4 % (95 216 neugeborene Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit). Seit Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes zum 1. Januar 2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt. Die absolute Zahl der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Staatsangehörigkeit ist daher folgerichtig seit 2000 deutlich gesunken und lag 2001 bei 44 173 (6,0 %) und 2002 bei noch 41 425 (5,8 %). Im Gegenzug erhielten 38 600 (2001) bzw. 37 568 Kinder ausländischer Eltern (2002) die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt (ius soli-Kinder)¹⁴ (vgl. Tabelle 3).

Da, wie oben beschrieben, die jüngeren Altersgruppen in der ausländischen Bevölkerung weitaus stärker sind als die älteren Altersgruppen, ist die Sterberate der ausländischen Bevölkerung deutlich niedriger als die der deutschen Bevölkerung. So lag der Überschuss der Geborenen ausländischer Staatsangehörigkeit gegenüber den gestorbenen Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2001 bei knapp 29 000 (44 173 Geborene, 15 261 Gestorbene). Bei den Deutschen liegt dagegen ein Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen von 122 978 Personen vor.

2.1.4 Eheschließungen

Seit 1960 hat der Anteil von im früheren Bundesgebiet erfolgten Eheschließungen, an denen eine Ausländerin oder ein Ausländer beteiligt waren, stetig zugenommen. Lag er im Jahr 1960 noch bei 4,0 %, stieg er zehn Jahre später auf 7,4 %, 1980 auf 9,8 % und 1990 auf 11,2 %. Im Jahr 2000

¹³ Das Statistische Bundesamt hat im Jahr 2004 die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung veröffentlicht. Eine Prognose der Ausländerzahlen und der Altersverteilung für die kommenden Jahre, in die veränderten Regelungen zur Verleihung der Staatsangehörigkeit durch Geburt sowie die aktuellen Einbürgerungsraten berücksichtigt werden, liegt bisher noch nicht vor. Die zukünftige Entwicklung der Ausländerzahlen insgesamt und in einzelnen Altersgruppen kann daher noch nicht dargestellt werden.

¹⁴ Nach altem Rechtsstand wären im Jahr 2001 82 773, im Jahr 2002 78 993 Geburten ausländischer Kinder zu verzeichnen gewesen.

ist dieser Anteil auf 18,8 % gestiegen. Somit war im Jahr 2000 an beinahe jeder fünften Heirat in den alten Bundesländern eine Ausländerin oder ein Ausländer beteiligt. Unter den Eheschließungen ist vor allem bei jenen zwischen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern eine deutliche Erhöhung zu verzeichnen. Lag der Anteil dieser Heiraten im Jahr 1960 noch bei 3,7 %, stieg er zehn Jahre später auf 5,6 %, 1980 auf 7,7 %, 1990 auf 9,6 % und lag im Jahr 2000 bei 15,6 % aller im früheren Bundesgebiet registrierten Eheschließungen.¹⁵

In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ist der Anteil der Eheschließungen mit ausländischer Beteiligung geringer: Von 4,7 % im Jahr 1991 ist er im Jahr 2000 auf 9,1 % gestiegen, liegt also noch deutlich niedriger als der vergleichbare Wert für das frühere Bundesgebiet. Auch die Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländerinnen bzw. Ausländern sind dort weniger häufig. Ihr Anteil lag 1991 noch bei 4,6 % und ist im Jahr 2000 auf 8,7 % gestiegen. Beinahe jede zehnte in den neuen Bundesländern oder Berlin-Ost registrierte Ehe wird demnach zwischen einer deutschen und einer ausländischen Person geschlossen. Vor dem Hintergrund des in den neuen Ländern deutlich niedrigeren Anteils von Ausländerinnen und Ausländern (2 % gegenüber knapp 9 % im gesamten Bundesgebiet) ist der Anteil an binationalen Ehen jedoch relativ hoch.

Für das gesamte Bundesgebiet wurden für das Jahr 2002 73 719 Eheschließungen registriert, an denen mindestens ein ausländischer Partner beteiligt war (18,8 % aller Eheschließungen). Der Anteil der Heiraten zwischen Deutschen und Ausländerinnen bzw. Ausländern betrug 15,9 % an allen Eheschließungen.

Heirateten bis Mitte der 1990er Jahre noch bedeutend mehr deutsche Frauen ausländische Männer als deutsche Männer ausländische Frauen, hat sich dieses Bild seitdem gewandelt. Im Jahr 2002 heirateten 36 411 deutsche Männer eine ausländische Frau, 26 057 deutsche Frauen wählten einen ausländischen Mann (vgl. Tabellen 9 und 10).¹⁶

2.2 Aufenthaltsdauer und Aufenthaltsstatus

Die ausländische Wohnbevölkerung ist aufgrund ihrer vielfach langen Aufenthaltsdauer ein fester Bestandteil der Bevölkerung in Deutschland. So lebten Ende 2003 knapp 61 % mehr als 10 Jahre in Deutschland, 42,3 % der Ausländerinnen und Ausländer hatten Aufenthaltszeiten von mehr als 15 Jahren aufzuweisen, etwa ein Drittel der ausländischen Bevölkerung lebte seit zwanzig Jahren oder länger in Deutschland, 18,9 % sogar 30 Jahre und mehr.

Insbesondere Staatsangehörige aus den ehemaligen Anwerbeländern haben vielfach eine lange Aufenthaltsdauer: 73,6 % der Türkinnen und Türken, 78,1 % der Griechinnen und Griechen, 77,9 % der Italienerinnen und Italiener und 78,3 % der Spanierinnen und Spanier leben seit mindestens zehn Jahren in Deutschland (vgl. Tabelle 11).¹⁷

Gemessen an den langen Aufenthaltszeiten – insbesondere der angeworbenen ausländischen Arbeitnehmerfamilien – und der Tatsache, dass für die meisten Ausländerinnen und Ausländer Deutschland zum Lebensmittelpunkt geworden ist, ist der Aufenthaltsstatus vieler Drittstaatsan-

¹⁵ Eheschließungen zwischen ausländischen Männern und Frauen nehmen entsprechend mit 3,2 % (2000) nur eine untergeordnete Rolle ein. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass diese Eheschließungen oftmals in den Herkunftsländern oder in den Konsulaten der Herkunftsländer geschlossen werden. Über die Zahl der auf Konsulaten oder in anderen Ländern geschlossenen Ehen der Wohnbevölkerung Deutschlands liegen keine Angaben vor.

¹⁶ Unter den deutschen Frauen, die im Jahr 2002 einen ausländischen Mann heirateten, schlossen die weitaus meisten, nämlich 21,7 % die Ehe mit einem türkischen Mann (5 642). Weitere 9,6 % (2 495) heirateten einen Serben bzw. Montenegriner. Den dritten Platz nahmen Italiener (1 854), gefolgt von US-Amerikanern (1 344) ein. Deutsche Männer heirateten am häufigsten Polinnen (5 536 oder 15,2 %), Frauen aus Thailand (2 775), aus der Russischen Föderation (2 541) und aus Rumänien (2 143) (vgl. Tabelle 19 im Anhang).

¹⁷ Zu den Personen mit einer Aufenthaltsdauer von weniger als 10 Jahren zählen neben den neu Zugewanderten auch die ausländischen Kinder unter 10 Jahren, die in Deutschland geboren wurden.

gehöriger nach wie vor unbefriedigend. So hatten Ende des Jahres 2003 etwa 606 336 von den insgesamt hier lebenden 1,88 Mio. Türiinnen und Türiren eine befristete Aufenthaltserlaubnis, 663 993 eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und nur 442 894 eine Aufenthaltsberechtigung (23,6 %), den sichersten Status (vgl. dazu Tabelle 12). Der Anteil der Aufenthaltsberechtigten aus den weiteren ehemaligen Anwerbestaaten Tunesien (10,1 %), Marokko (10,9 %) sowie Serbien und Montenegro (15,1 %) fällt noch deutlich geringer aus. Da ein verfestigter Aufenthaltsstatus eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist, ist hier weiterhin ein Defizit festzustellen.

Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960 bis 2003

Jahr	Ausländische Bevölkerung in Tsd. ¹⁾		Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Tsd. ³⁾
	insgesamt	darunter weiblich ²⁾		
1960	686	–	1,2	279
1968	1.924	–	3,2	1.015
1969	2.381	–	3,9	1.372
1970	2.977	–	4,9	1.839
1971	3.439	–	5,6	2.169
1972	3.527	–	5,7	2.317
1973	3.966	–	6,4	– ⁴⁾
1974	4.127	–	6,7	2.151
1975	4.090	–	6,6	1.933
1976	3.948	–	6,4	1.874
1977	3.948	–	6,4	1.834
1978	3.981	–	6,5	1.862
1979	4.144	–	6,7	1.966
1980	4.453	1.834	7,2	1.926
1981	4.630	1.920	7,5	1.832
1982	4.667	1.958	7,6	1.710
1983	4.535	1.925	7,4	1.641
1984	4.364	1.864	7,1	1.553
1985	4.379	1.874	7,2	1.536
1986	4.513	1.936	7,4	1.545
1987	4.241	1.899	6,9	1.557
1988	4.489	2.022	7,3	1.607
1989	4.846	2.179	7,7	1.684
1990	5.343	2.331	8,4	1.793
1991	5.882	2.541	7,3	1.909
1992	6.496	2.776	8,0	2.120
1993	6.878	2.957	8,5	2.150
1994	6.991	3.046	8,6	2.110
1995	7.174	3.150	8,8	2.094
1996	7.314	3.236	8,9	2.051
1997	7.366	3.289	9,0	1.998
1998	7.320	3.294	8,9	2.024
1999	7.344	3.332	8,9	1.915
2000	7.297	3.338	8,9	1.974
2001	7.319	3.370	8,9	1.979
2002	7.336	3.409	8,9	1.902
2003	7.335	3.440	8,9	1.862

¹⁾ Bis 1984: Stichtag 30.09.; ab 1985: Stichtag 31.12 eines jeden Jahres. Bis 1990 Zahlen für das alte Bundesgebiet (ohne Beitrittsländer). Zahlen nach AZR.

²⁾ Erst ab 1980 Erhebung nach Geschlecht.

³⁾ 1960-1967: Stichtag 31. Juli; 1968 bis 1973: Stichtag 30. Juni; ab 1974: Stichtag 31. Dezember.

⁴⁾ Keine Erhebung.

Quelle: Statistisches Bundesamt / Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 2

Wanderungen von Ausländer/innen in das und aus dem Bundesgebiet 1996–2003

Herkunftsland	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	
Zuzüge									
									dar.: weiblich
1. Griechenland	18.829	16.439	15.957	17.469	17.400	16.520	15.011	12.076	4.646
2. Italien	45.821	38.996	35.074	34.540	32.762	29.019	24.379	21.171	8.274
3. Bosnien- Herzegowina	11.127	6.901	8.397	10.333	10.396	12.817	10.470	8.311	3.196
4. Jugoslawien ¹⁾	71.303	31.227	59.853	87.770	33.015	28.349	25.501	21.442	9.305
5. Kroatien	12.290	10.006	9.824	12.293	14.069	13.861	12.738	11.230	3.533
6. Mazedonien	2.835	3.060	3.051	3.503	3.411	5.421	3.913	3.620	1.472
7. Slowenien	2.151	1.822	1.995	1.903	1.862	2.605	2.286	1.992	374
8. Marokko	4.099	3.951	4.332	4.782	5.309	5.904	6.179	5.819	2.267
9. Portugal	32.000	26.402	18.696	14.604	11.212	9.414	7.946	6.931	2.197
10. Spanien	7.832	7.775	7.819	8.608	9.137	9.440	9.233	8.491	4.314
11. Türkei	73.224	55.981	47.958	47.097	49.114	54.587	57.187	48.207	18.609
12. Tunesien	1.975	1.897	2.188	2.156	2.392	2.573	2.440	2.332	623
Summe 1.-12. ²⁾	283.486	204.457	215.144	245.058	190.079	190.510	177.283	151.622	58.810
13. Polen	77.405	71.214	66.106	72.210	74.144	79.650	81.466	88.020	30.154
14. Rumänien	17.069	14.247	17.032	18.803	24.191	20.328	23.803	23.456	9.448
15. Russische Föderation	31.882	24.815	21.336	27.777	32.071	36.554	35.816	31.009	18.007
16. Ukraine	13.965	12.520	13.834	15.191	18.196	20.530	20.318	17.441	10.929
Alle Länder	707.954	615.298	605.500	673.873	649.249	685.259	658.341	601.759	253.656
Fortzüge									
1. Griechenland	20.060	21.758	19.854	19.284	18.384	18.726	18.896	17.066	6.662
2. Italien	36.841	37.937	36.837	35.496	33.630	33.091	33.271	30.719	11.987
3. Bosnien- Herzegowina	27.237	83.943	97.466	33.346	17.325	10.485	9.108	7.790	2.592
4. Jugoslawien ¹⁾	85.041	44.479	45.057	48.250	89.269	35.989	36.303	27.958	10.359
5. Kroatien	17.267	18.948	19.532	13.437	12.987	13.973	13.463	11.534	2.980
6. Mazedonien	3.787	3.014	2.568	2.492	2.614	2.661	3.318	2.639	869
7. Slowenien	2.447	2.276	2.158	1.914	1.888	2.406	2.373	2.226	435
8. Marokko	2.467	2.429	2.641	2.462	2.752	2.579	2.675	2.628	758
9. Portugal	25.352	26.515	21.697	15.792	12.402	10.847	10.509	8.035	2.377
10. Spanien	8.215	9.248	8.848	9.660	9.370	9.632	9.914	9.467	4.635
11. Türkei	43.534	45.978	45.142	40.944	39.030	35.884	35.433	34.010	10.290
12. Tunesien	1.632	1.526	1.522	1.193	1.201	1.211	1.235	1.098	254
Summe 1.-12. ²⁾	273.880	298.051	303.322	224.270	240.852	177.484	176.498	155.170	54.198
13. Polen	71.661	70.171	60.673	58.572	60.441	64.601	67.655	72.648	20.535
14. Rumänien	16.620	13.558	13.571	14.618	16.764	18.558	17.431	18.909	6.332
15. Russische Föderation	12.552	11.189	10.298	10.115	11.384	12.028	13.213	12.995	6.980
16. Ukraine	4.437	4.303	4.118	4.383	4.549	5.752	6.400	6.156	3.782
Alle Länder	559.064	637.066	638.955	555.638	562.794	496.987	505.572	499.063	178.994
Wanderungssaldo									
1. Griechenland	-1.231	-5.319	-3.897	-1.815	-984	-2.206	-3.885	-4.990	-2.016
2. Italien	+8.980	+1.059	-1.763	-956	-868	-4.072	-8.892	-9.548	-3.713
3. Bosnien- Herzegowina	-16.110	-77.042	-89.069	-23.013	-6.929	+2.332	+1.362	+521	+604
4. Jugoslawien ¹⁾	-13.738	-13.252	+14.796	+39.520	-56.254	-7.640	-10.802	-6.516	-1.054
5. Kroatien	-4.977	-8.942	-9.708	-1.144	+1.082	-112	-725	-304	+553
6. Mazedonien	-952	+46	+483	+1.011	+797	+2.760	+595	+981	+603
7. Slowenien	-296	-454	-163	-11	-26	+199	-87	-234	-61
8. Marokko	+1.632	+1.522	+1.691	+2.320	+2.557	+3.325	+3.504	+3.191	+1.509
9. Portugal	+6.648	-113	-3.001	-1.188	-1.190	-1.433	-2.563	-1.104	-180
10. Spanien	-383	-1.473	-1.029	-1.052	-233	-192	-681	-976	-321
11. Türkei	+29.690	+10.003	+2.816	+6.153	+10.084	+18.703	+21.754	+14.197	+8.319
12. Tunesien	+343	+371	+666	+963	+1.191	+1.362	+1.205	+1.234	+369
Summe 1.-12. ²⁾	+9.606	-93.594	-88.178	+20.788	-50.773	+13.026	+785	-3.548	+4.612
13. Polen	+5.744	+1.043	+5.433	+13.638	+13.703	+15.049	+13.811	+15.372	+9.619
14. Rumänien	+449	+689	+3.461	+4.185	+7.427	+1.770	+6.372	+4.547	+3.116
15. Russische Föderation	+19.330	+13.626	+11.038	+17.662	+20.687	+24.526	+22.603	+18.014	+11.027
16. Ukraine	+9.528	+8.217	+9.176	+10.808	+13.647	+14.778	+13.918	+11.285	+7.147
Alle Länder	+148.890	-21.768	-33.455	+118.235	+86.455	+188.272	+152.769	+102.696	+74.662

¹⁾ Ab 03.02.2003 Serbien und Montenegro.²⁾ Gastarbeiter-Anwerbestaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Geburten von deutschen und ausländischen Kindern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1962-2003

Jahr	Lebendgeborene								Ausländeranteil ²⁾
	Insgesamt	mit deutscher Staatsangehörigkeit ¹⁾						mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
		Gesamt	darunter: Eltern ausländisch ⁴⁾	darunter: mindestens ein Elternteil deutsch					
				Eltern verheiratet		Eltern nicht verheiratet ⁶⁾			
			Vater Deutscher, Mutter Ausländerin ⁵⁾	Mutter Deutsche, Vater Ausländer ⁵⁾	Mutter Deutsche ⁷⁾	Mutter Ausländerin, Vater Deutscher			
1962	1.018.552	999.749	-	-	-	-	-	18.803	1,9
1963	1.054.123	1.029.448	-	-	-	-	-	24.675	2,3
1964	1.065.437	1.034.580	-	-	-	-	-	30.857	2,9
1965	1.044.328	1.006.470	-	-	-	-	-	37.858	3,6
1966	1.050.345	1.005.199	-	-	-	-	-	45.146	4,3
1967	1.019.459	972.027	-	-	-	-	-	47.432	4,7
1968	969.825	924.877	-	-	-	-	-	44.948	4,6
1969	903.456	852.783	-	-	-	-	-	50.673	5,6
1970	810.808	747.801	-	-	-	-	-	63.007	7,8
1971	778.526	697.812	-	-	-	-	-	80.714	10,4
1972	701.214	609.773	-	-	-	-	-	91.441	13,0
1973	635.633	536.547	-	-	-	-	-	99.086	15,6
1974	626.373	518.103	-	-	-	-	-	108.270	17,3
1975	600.512	504.639	-	-	-	-	-	95.873	16,0
1976	602.851	515.898	-	-	-	-	-	86.953	14,4
1977	582.344	504.073	-	-	-	-	-	78.271	13,4
1978	576.468	501.475	-	-	-	-	-	74.993	13,0
1979	581.984	506.424	-	-	-	-	-	75.560	13,0
1980	620.657	539.962	-	-	-	-	-	80.695	13,0
1981	624.557	544.548	-	-	-	-	-	80.009	12,8
1982	621.173	548.192	-	-	-	-	-	72.981	11,8
1983	594.177	532.706	-	-	-	-	-	61.471	10,4
1984	584.157	529.362	-	-	-	-	-	54.795	9,4
1985	586.155	532.405	-	-	-	-	-	53.750	9,2
1986	625.963	567.310	-	-	-	-	-	58.653	9,4
1987	642.010	574.819	-	-	-	-	-	67.191	10,5
1988	677.259	603.741	-	-	-	-	-	73.518	10,9
1989	681.537	601.669	-	-	-	-	-	79.868	11,7
1990 ³⁾	727.199	640.879	-	-	-	-	-	86.320	11,9
1991	830.019	739.266	-	17.190	21.467	116.623	-	90.753	10,9
1992	809.114	708.996	-	18.626	21.749	110.309	-	100.118	12,4
1993	798.447	695.573	-	20.227	21.904	106.807	-	102.874	12,9
1994	769.603	668.875	-	21.641	22.226	107.044	-	100.728	13,1
1995	765.221	665.507	-	23.948	23.948	111.214	-	99.714	13,0
1996	796.013	689.784	-	27.192	26.208	122.763	-	106.229	13,3
1997	812.173	704.991	-	29.438	28.246	132.443	-	107.182	13,2
1998	785.034	684.977	-	31.062	28.859	143.330	-	100.057	12,7
1999	770.744	675.528	-	32.523	30.000	155.417	-	95.216	12,4
2000	766.999	717.223	41.257	36.206	32.410	163.086	2.764	49.776	6,5
2001	734.475	690.302	38.600	37.718	32.498	167.680	3.143	44.173	6,0
2002	719.250	677.825	37.568	41.000	33.509	170.915	4.069	41.425	5,8
2003	706.721	667.366	36.819	43.483	34.685	173.305	4.753	39.355	5,6

¹⁾ Seit 1975 erhält jedes Kind, bei dem mindestens ein Elternteil Deutscher ist, die deutsche Staatsangehörigkeit.

²⁾ Anteil der Lebendgeborenen mit ausländischer Staatsangehörigkeit an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen.

³⁾ Bis 1990 Zahlen für das alte Bundesgebiet (ohne Beitrittsländer).

⁴⁾ Seit 01.01.2000 erwerben Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt.

⁵⁾ Einschließlich nichtaufgliederbarer Gruppen, unbekanntes Ausland, ungeklärte Fälle sowie ohne Angabe.

⁶⁾ Die Angaben zum nichtehelichen Vater werden bei der Geburt des Kindes aufgrund der Kindschaftsrechtsreform seit dem Berichtsjahr 2000 nachgewiesen.

⁷⁾ In diesen Zahlen sind auch Kinder mit einem ausländischen Vater enthalten. Seit dem Berichtsjahr 2003 ist eine weitere Differenzierung möglich: Von den 173.305 von einer unverheirateten deutschen Mutter geborenen Kinder hatten 6.555 einen ausländischen und 108.812 einen deutschen Vater. Bei 57.938 Kindern lagen keine Angaben zum Vater vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten
Staatsangehörigkeiten in den Jahren 1998–2003¹⁾**

Tabelle 4

Jahr	1998		1999		2000		2001		2002		2003	
	absolut	in % ²⁾	absolut	in % ²⁾	absolut	in % ²⁾	absolut	in % ²⁾	absolut	in % ²⁾	absolut	in % ²⁾
EU-Staaten insgesamt	1.851.514	25,3	1.858.672	25,3	1.872.655	25,7	1.870.022	25,6	1.862.066	25,4	1.849.986	25,2
Darunter Italien	612.048	8,4	615.900	8,4	619.060	8,5	616.282	8,4	609.784	8,3	601.258	8,2
Griechenland	363.514	5,0	364.354	5,0	365.438	5,0	362.708	5,0	359.361	4,9	354.630	4,8
Österreich	185.159	2,5	186.090	2,5	187.742	2,6	188.957	2,6	189.336	2,6	189.466	2,6
Portugal	132.578	1,8	132.623	1,8	133.726	1,8	132.625	1,8	131.435	1,8	130.623	1,8
Spanien	131.121	1,8	129.893	1,8	129.471	1,8	128.713	1,8	127.465	1,7	125.977	1,7
Niederlande	112.072	1,5	110.519	1,5	110.786	1,5	112.362	1,5	115.215	1,6	118.680	1,6
Vereinigtes Königreich	111.248	1,5	113.487	1,6	115.353	1,6	115.167	1,6	114.683	1,6	113.578	1,5
Frankreich	105.808	1,5	107.191	1,5	110.173	1,5	111.347	1,5	112.392	1,5	113.023	1,5
Türkei	2.110.223	28,8	2.053.564	28,0	1.998.534	27,4	1.947.938	26,6	1.912.169	26,1	1.877.661	25,6
Serbien und Montenegro ³⁾	719.474	9,8	737.204	10,0	662.495	9,1	627.523	8,6	591.492	8,1	568.240	7,7
Polen	283.604	3,9	291.673	4,0	301.366	4,1	310.432	4,2	317.603	4,3	326.882	4,5
Kroatien	208.909	2,9	213.954	2,9	216.827	3,0	223.819	3,1	230.987	3,1	236.570	3,2
Bosnien-Herzegowina	190.119	2,6	167.690	2,3	156.294	2,3	159.042	2,2	163.807	2,2	167.081	2,3
Iran, Islam.Republik	115.094	1,6	116.446	1,6	107.927	1,5	98.555	1,4	88.711	1,2	81.495	1,1
USA	110.680	1,5	111.982	1,5	113.623	1,6	113.528	1,6	112.943	1,5	112.939	1,5
Rumänien	89.801	1,2	87.504	1,2	90.094	1,2	88.102	1,2	88.679	1,2	89.104	1,2
Vietnam	85.452	1,2	85.362	1,2	84.138	1,2	85.910	1,2	87.207	1,2	88.208	1,2
Marokko	82.748	1,1	81.450	1,1	80.266	1,1	79.444	1,1	79.838	1,1	79.794	1,1
Mazedonien	46.167	0,6	49.420	0,7	51.841	0,7	55.986	0,8	58.250	0,8	61.019	0,8
Tunesien	24.549	0,3	24.260	0,3	24.136	0,3	24.066	0,3	24.243	0,3	24.533	0,3
Slowenien	18.412	0,3	148.648	0,3	18.766	0,3	19.395	0,3	20.550	0,3	21.795	0,3
Insgesamt	7.319.593	100,0	7.343.591	100,0	7.296.817	100,0	7.318.628	100,0	7.335.592	100,0	7.334.765	100,0
darunter weiblich	3.292.328	45,0	3.331.701	45,4	3.337.527	45,7	3.370.221	46,0	3.408.921	46,5	3.440.081	46,9

¹⁾ Jeweils 31. Dezember.

²⁾ Anteil an der ausländischen Bevölkerung insgesamt.

³⁾ Bis 3.2.2003 BR Jugoslawien. Nachgewiesen werden alle Personen, die im Ausländerzentralregister mit jugoslawischer Staatsangehörigkeit geführt wurden.

Quelle: Statistisches Bundesamt/Bundesverwaltungsamt (Ausländerzentralregister)

**Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach häufigsten
Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. Dezember 2003**

Staatsangehörigkeit	Ausländer im Bundesgebiet			
	insgesamt	männlich	weiblich	% ¹⁾
Ausländer insgesamt	7.334.765	3.894.684	3.440.081	100,0
1. Türkei	1.877.661	1.010.836	866.825	25,6
2. Italien	601.258	356.354	244.904	8,2
3. Serbien und Montenegro	568.240	309.136	259.104	7,7
4. Griechenland	354.630	193.771	160.859	4,8
5. Polen	326.882	157.387	169.495	4,5
6. Kroatien	236.570	118.782	117.788	3,2
7. Österreich	189.466	102.440	87.026	2,6
8. Russische Föderation	173.480	72.518	100.962	2,4
9. Bosnien und Herzegowina	167.081	86.667	80.414	2,3
10. Portugal	130.623	72.734	57.889	1,8
11. Spanien	125.977	65.043	60.934	1,7
12. Niederlande	118.680	64.861	53.819	1,6
13. Vereinigtes Königreich	113.578	68.361	45.217	1,5
14. Frankreich	113.023	52.521	60.502	1,5
15. Vereinigte Staaten	112.939	64.702	48.237	1,5
16. Rumänien	89.104	43.334	45.770	1,2
17. Vietnam	88.208	45.893	42.315	1,2
18. Irak	83.821	55.473	28.348	1,1
19. Iran, Islamische Republik	81.495	47.010	34.485	1,1
20. Marokko	79.794	48.069	31.725	1,1
21. China	76.743	42.884	33.859	1,0
22. Afghanistan	65.830	36.179	29.651	0,9
23. Mazedonien	61.019	33.420	27.599	0,8
24. Kasachstan	57.312	26.248	31.064	0,8
25. Ungarn	54.714	32.943	21.771	0,7
26. Libanon	46.812	27.714	19.098	0,6

Staatsangehörigkeit	Ausländer im Bundesgebiet			
	insgesamt	männlich	weiblich	% ²⁾
EU - Staaten	1.849.986	1.023.112	826.874	100,0
1. Italien	601.258	356.354	244.904	32,5
2. Griechenland	354.630	193.771	160.859	19,2
3. Österreich	189.466	102.440	87.026	10,2
4. Portugal	130.623	72.734	57.889	7,1
5. Spanien	125.977	65.043	60.934	6,8
6. Niederlande	118.680	64.861	53.819	6,4
7. Vereinigtes Königreich	113.578	68.361	45.217	6,1
8. Frankreich	113.023	52.521	60.502	6,1
9. Belgien	23.649	11.841	11.808	1,3
10. Dänemark	21.568	9.565	12.003	1,2
11. Schweden	19.404	8.717	10.687	1,0
12. Finnland	15.748	4.764	10.984	0,9
13. Irland	15.478	8.411	7.067	0,8
14. Luxemburg	6.904	3.729	3.175	0,4

¹⁾ Anteil an der ausländischen Bevölkerung insgesamt.

²⁾ Anteil an den EU-Ausländern insgesamt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 6

**Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten
Staatsangehörigkeiten, Geschlecht und Älteren am 31. Dezember 2003**

Staatsangehörigkeit	Geschlecht	alle Alters- gruppen	%	Alter			
				60 bis unter 65	%	65 und älter	%
Türkei	männlich	1.010.836	53,8	60.075	5,9	58.870	5,8
	weiblich	866.825	46,2	37.707	4,4	35.824	4,1
	insgesamt	1.877.661	100,0	97.782	5,2	94.694	5,0
Italien	männlich	356.354	59,3	21.083	5,9	28.583	8,0
	weiblich	244.904	40,7	8.618	3,5	14.943	6,1
	insgesamt	601.258	100,0	29.701	4,9	43.526	7,2
Serbien und Montenegro	männlich	309.136	54,4	16.057	5,2	20.600	6,7
	weiblich	259.104	45,6	10.380	4,0	14.018	5,4
	insgesamt	568.240	100,0	26.437	4,7	34.618	6,1
Griechenland	männlich	193.771	54,6	12.404	6,4	20.178	10,4
	weiblich	160.859	45,4	8.481	5,3	13.823	8,6
	insgesamt	354.630	100,0	20.885	5,9	34.001	9,6
Polen	männlich	157.387	48,1	3.094	2,0	6.326	4,0
	weiblich	169.495	51,9	2.727	1,6	6.890	4,1
	insgesamt	326.882	100,0	5.821	1,8	13.216	4,0
Kroatien	männlich	118.782	50,2	11.656	9,8	10.032	8,4
	weiblich	117.788	49,8	7.662	6,5	8.482	7,2
	insgesamt	236.570	100,0	19.318	8,2	18.514	7,8
Bosnien-Herzegowina	männlich	86.667	51,9	4.739	5,5	4.136	4,8
	weiblich	80.414	48,1	2.929	3,6	3.332	4,1
	insgesamt	167.081	100,0	7.668	4,6	7.468	4,5
Portugal	männlich	72.734	55,7	4.256	5,9	3.699	5,1
	weiblich	57.889	44,3	2.785	4,8	2.629	4,5
	insgesamt	130.623	100,0	7.041	5,4	6.328	4,8
Spanien	männlich	65.043	51,6	4.735	7,3	10.029	15,4
	weiblich	60.934	48,4	3.522	5,8	6.576	10,8
	insgesamt	125.977	100,0	8.257	6,6	16.605	13,2
EU-Staaten insgesamt	männlich	1.023.112	55,3	65.534	6,4	94.127	9,2
	weiblich	826.874	44,7	40.080	4,8	66.369	8,0
	insgesamt	1.849.986	100,0	105.614	5,7	160.496	8,7
Ausländer insgesamt	männlich	3.894.684	53,1	191.133	4,9	250.848	6,4
	weiblich	3.440.081	46,9	125.934	3,7	190.013	5,5
	insgesamt	7.334.765	100,0	317.067	4,3	440.861	6,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen,
Geschlecht und in Deutschland Geborenen am 31. Dezember 2003**

Altersgruppen	Ausländische Bevölkerung				davon in Deutschland geboren:	
	insgesamt	männlich	weiblich	in % ¹⁾	insgesamt	in % ²⁾
bis unter 6 Jahre	312.544	161.487	151.057	4,3	264.765	84,7
6 bis unter 18 Jahre	1.025.173	530.964	494.209	14,0	654.646	63,8
18 bis unter 60 Jahre	5.239.120	2.760.252	2.478.868	71,4	562.753	10,7
60 bis unter 65 Jahre	317.067	191.133	125.934	4,3	3.687	1,2
65 Jahre und älter	440.861	250.848	190.013	6,0	14.148	3,2
insgesamt	7.334.765	3.894.684	3.440.081	100,0	1.499.999	20,5

¹⁾ Anteil an der Gesamtzahl der Ausländer.

²⁾ Anteil an der Gesamtzahl der Altersgruppe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Tabelle 8

**Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
und in Deutschland geborene Ausländer am 31.12.2003**

Staatsangehörigkeit	Ausländer in Deutschland		davon in Deutschland geboren
	insgesamt	darunter weiblich	
EUROPA			
Belgien	23.649	11.808	3.357
Dänemark	21.568	12.003	1.537
Finnland	15.748	10.984	753
Frankreich	113.023	60.502	11.498
Griechenland	354.630	160.859	94.744
Irland	15.478	7.067	816
Italien	601.258	244.904	173.184
Luxemburg	6.904	3.175	908
Niederlande	118.680	53.819	35.350
Österreich	189.466	87.026	28.525
Portugal	130.623	57.889	25.497
Schweden	19.404	10.687	1.227
Spanien	125.977	60.934	29.951
Vereinigtes Königreich	113.578	45.217	10.794
EU – STAATEN zusammen	1.849.986	826.874	418.141
Albanien	11.513	5.207	1.617
Andorra	46	20	–
Bosnien und Herzegowina	167.081	80.414	27.539
Bulgarien	44.300	22.484	937
Estland	4.220	2.872	161
Island	1.517	746	120
Serbien und Montenegro	568.240	259.104	112.507
Kroatien	236.570	117.788	50.648
Lettland	9.341	5.689	442
Lichtenstein	203	124	–
Litauen	13.985	9.518	402
Mazedonien	61.019	27.599	13.582
Malta	352	198	–
Moldau	13.263	6.889	451
Monaco	24	10	–
Norwegen	7.546	4.173	459
Polen	326.882	169.495	16.891
Rumänien	89.104	45.770	2.248
Russische Föderation	173.480	100.962	4.630
San Marino	20	6	–
Schweiz	38.501	21.402	7.369
Slowakei	19.567	11.167	455
Slowenien	21.795	10.615	4.100
ehem. Sowjetunion	20.672	10.870	994
Tschechische Republik	30.186	18.813	814
ehem. Tschechoslowakei	15.006	7.203	897
Türkei	1.877.661	866.825	654.853
Ungarn	54.714	21.771	2.484
Ukraine	125.998	74.122	4.048
Vatikanstadt	34	18	–
Weißrußland (Belarus)	16.335	10.446	402
Zypern	956	410	–
Übriges Europa	312	106	1.168
EUROPA ZUSAMMEN	5.800.429	2.739.710	1.327.365

Staatsangehörigkeit	Ausländer in Deutschland		davon in Deutschland geboren
	insgesamt	darunter weiblich	
AFRIKA			
Ägypten	14.130	3.762	1.265
Äthiopien	13.382	6.275	1.363
Algerien	16.974	3.628	1.441
Ghana	23.963	11.281	2.982
Marokko	79.794	31.725	16.770
Nigeria	16.956	4.510	1.210
Somalia	6.951	3.035	1.160
Südafrika	5.910	3.341	141
Tunesien	24.533	7.940	4.657
Übriges Afrika	108.350	39.414	11.778
AFRIKA ZUSAMMEN	310.943	114.911	42.767
AMERIKA			
Argentinien	5.742	3.285	169
Brasilien	28.557	20.958	599
Chile	6.831	3.685	275
Kanada	13.727	6.754	672
Vereinigte Staaten	112.939	48.237	7.122
Übriges Amerika	60.703	38.291	1.444
AMERIKA ZUSAMMEN	228.499	121.210	10.281
ASIEN			
Afghanistan	65.830	29.651	8.265
China	76.743	33.859	3.248
Taiwan	5.490	3.002	334
Indien	43.566	13.255	2.565
Indonesien	12.660	6.396	831
Iran, Islam. Republik	81.495	34.485	7.052
Israel	10.817	4.305	766
Japan	35.590	19.504	1.828
Jordanien	10.448	3.324	1.921
Korea, Republik	23.979	13.462	2.965
Libanon	46.812	19.098	12.643
Pakistan	35.081	12.385	5.047
Philippinen	23.171	18.019	888
Sri Lanka	41.062	18.940	8.925
Syrien, Arab. Republik	29.476	12.273	4.399
Thailand	48.736	41.351	776
Vietnam	88.208	42.315	18.616
Übriges Asien ¹⁾	232.831	104.410	15.432
ASIEN ZUSAMMEN	911.995	430.034	96.501
AUSTRALIEN UND OZEANIEN			
Australien	9.093	4.515	444
Ozeanien zusammen	3.049	1.038	62
AUSTRALIEN U. OZEANIEN ZUSAMMEN	12.142	5.553	504
Staatenlos	16.990	7.057	5.224
Ungeklärt und ohne Angabe	53.767	23.627	17.354
INSGESAMT	7.334.765	3.440.081	1.499.999

¹⁾ Einschl. der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Tabelle 9

Eheschließungen von deutschen und ausländischen Partnern in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1960–2003

Jahr	Eheschließungen insgesamt	darunter zwischen Deutschen	darunter von oder mit ausländischen Partnern				
			zusammen	beide Ehepartner Ausländer		Frau Deutsche, Mann Ausländer	Mann Deutscher, Frau Ausländerin
				zusammen	dar. mit gleicher Staatsangehörigkeit		
Alte Länder und Berlin-West							
1960	521.445	500.362	21.083	1.625	998	15.600	3.858
1970	444.510	411.514	32.996	8.199	6.749	14.645	10.152
1980	362.408	327.023	35.385	7.374	5.753	18.927	9.084
1990	414.475	367.936	46.539	6.755	3.175	22.031	17.753
1991	403.762	354.660	49.102	7.455	2.931	22.382	19.265
1996	373.245	308.201	65.044	12.521	4.577	24.784	27.739
1997	369.396	301.269	68.127	12.261	4.517	26.670	29.196
1998	362.548	297.346	65.202	11.163	4.487	24.249	29.790
1999	370.171	305.211	64.960	11.324	4.633	23.418	30.218
2000	359.837	292.098	67.739	11.687	–	24.535	31.517
Neue Länder und Berlin-Ost							
1991	50.529	48.165	2.364	56	17	1.766	542
1996	54.052	48.872	5.180	159	38	3.123	1.898
1997	53.380	47.670	5.710	191	46	3.528	1.991
1998	54.872	49.489	5.383	193	44	3.153	2.037
1999	60.503	55.345	5.158	225	60	2.816	2.117
2000	58.713	53.379	5.334	224	–	2.788	2.322
Bundesrepublik Deutschland							
1991	454.291	402.825	51.466	7.511	2.948	24.148	19.807
1996	427.297	357.073	70.224	12.680	4.615	27.907	29.637
1997	422.776	348.939	73.837	12.452	4.563	30.198	31.187
1998	417.420	346.835	70.585	11.356	4.531	27.402	31.827
1999	430.674	360.556	70.118	11.549	4.693	26.234	32.335
2000	418.550	345.477	73.073	11.911	7.043	27.323	33.839
2001	389.591	317.496	72.095	11.408	6.895	25.186	35.501
2002	391.963	318.244	73.719	11.251	6.811	26.057	36.411
2003	382.911	312.145	70.766	10.568	6.164	25.015	35.183

¹⁾ Standesamtlich registrierte Eheschließungen in Deutschland. Nicht enthalten sind Eheschließungen in Konsulaten anderer Staaten und im Ausland. Seit 2001 werden die Daten vom Statistischen Bundesamt nicht mehr getrennt für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Eheschließungen in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten der Ehepartner in den Jahren 1960-2003¹⁾

Land	1960	1970	1980	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutsche Frau mit Mann nebenstehender Staatsangehörigkeit													
Frankreich	567	4	680	616	450	454	430	406	472	419	385	383	357
Griechenland	266	399	452	511	493	494	524	526	534	491	459	473	492
Großbritannien u. Nordirland	708	586	975	1.148	842	857	776	776	766	769	726	838	804
Italien	1.215	2.277	2.301	2.085	1.772	1.724	1.772	1.849	2.005	1.885	1.895	1.854	1.702
Jugoslawien ²⁾	331	629	958	1.524	3.062	4.323	5.848	4.319	3.314	4.763	2.734	2.495	2.073
Niederlande	1.086	1.182	863	866	792	755	730	761	768	738	702	698	672
Österreich	1.191	1.783	1.200	1.085	978	936	934	943	931	934	872	888	828
Philippinen	-	3	31	38	25	22	20	20	16	13	5	15	14
Polen	194	11	125	1.166	867	835	780	776	858	819	872	988	946
Rumänien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	302	341	409	366
Russ.Föderation ³⁾	93	12	6	116	506	556	560	502	620	569	586	608	491
Spanien	198	335	492	492	424	393	397	370	412	433	371	390	396
Thailand	-	20	31	37	34	43	41	34	34	37	32	26	26
Türkei	71	404	3.339	2.767	3.399	3.720	3.934	4.106	3.971	4.320	5.005	5.642	5.564
Ukraine	-	-	-	-	-	-	-	-	-	244	275	265	238
Vereinigte Staaten	6.062	2.841	2.472	2.987	1.462	1.165	1.220	1.200	1.254	1.133	1.255	1.344	1.353
Deutscher Mann mit Frau nebenstehender Staatsangehörigkeit													
Frankreich	235	773	606	596	588	584	595	618	576	585	520	546	524
Griechenland	25	266	256	290	319	297	319	357	306	354	321	320	327
Großbritannien u. Nordirland	99	346	381	354	354	341	327	288	281	303	274	290	308
Italien	239	457	487	836	842	799	815	964	1.002	988	924	943	946
Jugoslawien ²⁾	126	1.739	1.204	1.750	1.017	1.064	1.260	1.160	877	1.086	1.104	1.176	981
Niederlande	742	1.257	568	557	517	529	530	508	485	453	425	382	396
Österreich	1.087	1.568	969	1.091	907	854	919	892	893	867	916	816	805
Philippinen	-	12	424	1.155	849	642	672	599	545	530	443	401	368
Polen	58	118	293	3.193	5.090	5.295	5.230	5.146	5.304	5.210	5.263	5.536	5.371
Rumänien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.740	1.903	2.143	2.229
Russ.Föderation ³⁾	22	13	8	431	1.764	1.952	1.886	1.833	2.223	2.402	2.480	2.541	2.545
Spanien	28	263	297	455	438	401	439	437	461	510	468	480	465
Thailand	-	4	248	982	1.512	1.566	1.617	1.803	2.148	2.372	2.728	2.775	2.535
Türkei	12	182	426	691	948	937	1.073	1.247	1.188	1.464	1.738	1.983	1.850
Ukraine	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.554	1.997	2.047	1.953
Vereinigte Staaten	97	297	317	443	451	429	426	435	461	440	395	452	382
Beide Ehepartner mit gleicher Staatsangehörigkeit													
Frankreich	3	28	20	8	13	11	15	9	12	16	8	12	8
Griechenland	33	2.415	782	45	45	39	52	47	70	99	100	121	131
Großbritannien u. Nordirland	-	15	44	29	39	14	23	21	18	21	17	26	27
Italien	70	622	953	1.033	1.095	1.107	1.115	1.187	1.198	1.145	1.164	1.069	977
Jugoslawien ²⁾	65	363	516	215	1.174	1.935	1.694	1.317	1.576	1.710	1.293	1.171	836
Niederlande	37	67	34	33	26	33	22	24	30	42	37	53	46
Österreich	85	150	61	41	57	45	62	55	53	54	51	60	58
Philippinen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	2	2	-
Polen	38	13	52	771	157	200	163	188	160	195	230	240	236
Rumänien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	62	78	114	127
Russ.Föderation ³⁾	8	-	-	13	55	50	39	42	55	61	54	63	60
Spanien	44	645	239	24	16	14	17	17	19	13	15	23	15
Thailand	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	7	2	3
Türkei	-	170	2.417	276	765	917	1.088	1.342	1.281	1.367	1.432	1.482	1.534
Ukraine	-	-	-	-	-	-	-	-	-	59	67	74	65
Vereinigte Staaten	22	853	331	349	135	86	81	109	78	81	93	93	112

¹⁾ Bis 1990 Zahlen für das alte Bundesgebiet (ohne neue Bundesländer).

²⁾ Bis 1990 einschl. Kroatien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina sowie ehem. jugoslawische Republik Mazedonien, die seit 1992 bzw. 1993 selbständige Staaten sind; ab 1995 ohne diese Staaten, aber einschl. nicht anders zuordenbarer Fälle aus dem ehem. Jugoslawien.

³⁾ Bis 1990 ehem. Sowjetunion.

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer
am 31. Dezember 2003 in Tausend**

Tabelle 11

Ausgewählte Staats- angehörigkeiten	Insgesamt	1. davon mit einer Aufenthaltsdauer von... bis unter ... Jahren										
		unter 1	1 bis 4	4 bis 6	6 bis 8	8 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 25	25 bis 30	30 und mehr	
EU-Staaten	1.850,0	48,5	150,9	99,3	96,5	98,9	233,7	165,1	156,4	173,1	627,7	
Türkei	1.877,7	29,8	104,7	107,5	127,2	125,5	323,5	202,5	230,6	239,5	386,7	
Serbien und Montenegro	568,2	11,6	42,2	57,8	32,4	44,7	172,7	29,8	24,8	30,6	121,8	
Italien	601,3	9,3	33,6	28,9	30,6	30,5	65,8	62,1	64,9	65,8	209,8	
Griechenland	354,6	5,0	21,4	16,8	16,6	17,9	59,1	33,2	24,2	31,2	129,2	
Kroatien	236,6	3,2	9,5	7,1	7,2	9,9	42,9	15,0	19,6	24,2	98,1	
Bosnien-Herzegowina	167,1	2,6	8,8	5,6	6,1	21,3	72,7	6,7	6,8	9,0	27,4	
Portugal	130,6	2,8	10,3	8,8	11,0	13,3	22,5	7,7	7,7	14,9	31,7	
Spanien	126,0	3,9	9,5	5,3	4,6	4,1	8,3	6,1	7,1	11,5	65,7	
Marokko	79,8	4,3	13,2	7,3	5,8	4,6	13,7	10,2	7,5	3,7	9,4	
Mazedonien	61,0	1,8	6,1	4,3	3,9	4,0	15,0	6,9	4,1	4,1	10,9	
Tunesien	24,5	1,5	4,6	2,4	1,7	1,4	3,5	2,1	2,3	1,7	3,5	
Slowenien	21,8	0,5	1,0	0,6	0,6	0,7	1,9	1,0	1,4	2,2	11,9	
Polen	326,9	24,2	54,1	28,8	28,8	28,3	84,8	47,1	19,4	3,8	7,6	
Iran	81,5	3,3	13,2	7,0	8,0	5,9	13,2	19,0	5,4	2,1	4,4	
Rumänien	89,1	8,0	19,2	9,0	6,6	5,9	34,8	3,2	1,2	0,5	0,8	
Vietnam	88,2	4,3	14,6	8,1	5,2	6,0	32,0	12,7	4,7	0,3	0,3	
Afghanistan	65,8	2,1	13,1	8,9	9,5	11,0	15,0	3,5	2,3	0,3	0,2	
Ungarn	54,7	4,3	9,5	4,3	3,8	3,9	13,1	6,4	3,5	1,9	4,1	
Libanon	46,8	1,8	5,9	3,2	3,3	3,0	16,8	8,8	2,0	1,5	0,4	
Pakistan	35,1	2,5	6,3	3,5	3,5	3,1	8,5	3,5	1,8	1,9	0,6	
Ausländer insgesamt	7.334,8	314,4	951,6	576,9	527,6	508,3	1.349,9	633,6	545,9	535,1	1.391,5	

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsstatus¹⁾ am 31. Dezember 2003

ausgewählte Staatsangehörigkeiten	insgesamt	davon haben den Aufenthaltsstatus							Duldung
		Aufenthaltserlaubnis		Aufenthaltsberechtigung	Aufenthaltsbewilligung	Aufenthaltsbefugnis	Aufenthalts-erlaubnis EU		
		befristet	unbefristet				befristet	unbefristet	
Türkei	1.877.661	606.336	663.993	442.894	11.078	31.983	1.548	1.142	15.192
Serbien/Montenegro	568.240	111.758	151.879	85.590	4.256	46.841	1.471	1.015	87.126
Polen	326.882	90.349	95.176	8.791	59.452	5.113	2.409	1.047	1.163
Kroatien	236.570	39.063	98.445	80.703	6.916	1.517	716	759	1.758
Russische Föderation	173.480	60.535	71.752	593	12.604	2.969	571	124	3.752
Bosnien-Herzegowina	167.081	37.720	47.664	28.021	3.460	23.218	630	416	14.820
Ukraine	125.998	24.871	80.729	133	9.212	915	470	94	788
Rumänien	89.104	22.917	19.939	775	15.836	2.063	922	310	901
Vietnam	88.208	28.057	23.495	6.610	2.461	8.985	66	31	8.365
Irak	83.821	5.291	10.141	79	175	45.755	39	9	4.902
Iran	81.495	16.122	26.378	5.595	2.800	9.247	142	110	4.232
Marokko	79.794	28.795	24.642	8.660	8.466	330	718	207	498
China	76.743	18.347	6.208	1.143	37.014	1.472	315	88	4.064
Afghanistan	65.830	10.321	13.823	271	319	19.576	33	12	9.245
Mazedonien	61.019	20.105	21.441	11.951	1.062	1.580	178	154	1.500
Kasachstan	57.312	33.795	14.992	11	986	1.433	84	15	688
Ungarn	54.714	10.758	15.682	4.315	16.298	235	304	152	76
Thailand	48.736	19.632	20.563	2.527	2.219	77	271	147	108
Libanon	46.812	12.279	7.616	362	1.116	12.106	129	58	5.666
Bulgarien	44.300	8.125	6.066	1.051	18.194	214	370	104	225
Indien	43.566	15.034	7.201	3.267	5.889	349	333	236	2.707
Sri Lanka	41.062	14.189	9.644	3.527	337	4.095	43	18	2.115
Pakistan	35.081	11.143	7.691	1.851	1.337	1.551	443	181	2.955
Tschechische Republik	30.186	9.172	9.353	664	6.505	91	414	157	42
Syrien	29.476	5.458	4.524	158	1.543	4.625	76	23	5.803
Brasilien	28.557	9.619	10.273	642	4.355	76	828	284	73
Tunesien	24.533	8.375	7.757	2.489	2.285	198	180	96	184
Gesamt	7.334.765	1.637.359	2.036.480	770.344	343.293	264.176	413.230	678.758	226.569

¹⁾ Die Ausländergesetzgebung in Deutschland kennt nach dem bis zum 31.12.2004 geltenden Ausländergesetz folgende Formen der Aufenthaltsgenehmigung:

- Die *Aufenthaltsberechtigung* kann einem Ausländer – unter weiteren Voraussetzungen (z.B. Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln) – nach achtjährigem Besitz einer Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden. Sie ist zeitlich und räumlich unbeschränkt und damit im Rahmen des Ausländergesetzes der sicherste Aufenthaltsstatus.
- Die *befristete Aufenthaltserlaubnis* ist Grundlage für einen späteren Daueraufenthalt. Mit Zunahme der Aufenthaltsdauer verfestigt sich der Aufenthalt.
- Die *unbefristete Aufenthaltserlaubnis* ist die erste Stufe der Verfestigung des Aufenthalts. Unter weiteren Voraussetzungen muss sie nach fünfjährigem Besitz der befristeten Aufenthaltserlaubnis auf Antrag erteilt werden.
- Die *Aufenthaltsbewilligung* beschränkt den Aufenthalt in Deutschland auf einen ganz bestimmten Zweck, womit auch die Aufenthaltsdauer im Voraus begrenzt ist (z.B. Studierende, Werkvertragsarbeitnehmer).
- Die *Aufenthaltsbefugnis* wird erteilt, wenn aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen der Aufenthalt im Bundesgebiet erlaubt werden soll. Konventionsflüchtlinge („kleines Asyl“) haben einen Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltsbefugnis. Weitere Gruppen, die im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis sind, sind z.B. Personen, denen im Herkunftsland Folter oder eine andere menschenunwürdige Behandlung droht, ehemalige Geduldete und Asylsuchende, die in den Genuss von „Altfallregelungen“ der Länder gekommen sind, sowie Personen und Familien, bei denen individuelle humanitäre Gründe eine Abschiebung verbieten, wie z.B. Krankheit oder Behinderung eines Familienmitglieds. Die Verlängerung der Aufenthaltsbefugnis hängt grundsätzlich davon ab, dass die humanitären Gründe weiter bestehen; nach achtjährigem Besitz der Aufenthaltsbefugnis wird eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilt, wenn deren übliche Erteilungsgründe (u.a. Lebensunterhaltssicherung) vorliegen.

Neben diesen Aufenthaltstiteln gibt es noch die Aufenthaltsgestattung und die Duldung, die beide nicht als Aufenthaltsgenehmigung nach dem Ausländergesetz gelten. Eine Aufenthaltsgestattung erhalten Asylsuchende für die Dauer ihres Asylverfahrens. Sie ist räumlich auf den Bezirk der für die Asylsuchenden zuständigen Ausländerbehörde beschränkt. Die Duldung ist lediglich die vorübergehende Aussetzung, eine bestehende Ausreisepflichtung im Wege der Abschiebung zu vollstrecken. Nach dem zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz sind neben dem Visum grundsätzlich nur noch zwei Aufenthaltstitel vorgesehen: die Niederlassungserlaubnis als unbefristeter Aufenthaltstitel und die Aufenthaltserlaubnis als befristeter Aufenthaltstitel. Bei der Aufenthaltserlaubnis wird nach dem jeweiligen Aufenthaltswitz unterschieden. Die Aufenthaltsberechtigung und die unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht gelten nach dem neuen Recht als Niederlassungserlaubnis. Die anderen Aufenthaltsgenehmigungen gelten fort als Aufenthaltserlaubnis. Duldung und Aufenthaltsgestattung sind auch im neuen Recht vorgesehen.

Quelle: Bundesverwaltungsamt – AZR

Tabelle 13

**Ausländische Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik Deutschland
nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Schulart der
Sekundarstufe I und II (allgemeinbildende Schulen) im Schuljahr 2002/03**
Angaben in Prozent

Staatsangehörigkeit	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Integrierte Gesamt- schule	Sonstiges
Griechenland (n = 17.347)	43,7	20,9	21,1	9,4	4,9
Italien (n = 35.391)	51,5	19,8	11,9	10,7	6,1
Portugal (n = 6.950)	44,2	20,6	16,2	11,8	7,2
Spanien (n = 4.188)	28,3	24,2	26,6	14,0	6,9
Türkei (n = 210.273)	45,7	18,4	10,8	16,3	8,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, eigene Berechnungen

**Schulabschlüsse von deutschen und ausländischen Schulentlassenen an allgemeinbildenden Schulen
nach Geschlecht in den Schuljahren 1991/92, 1994/95 und 2001/02**
Angaben in Prozent

Schulabschluss	Deutsche Schulentlassene								
	insgesamt			männlich			weiblich		
	1991/1992	1994/1995	2001/2002	1991/1992	1994/1995	2001/2002	1991/1992	1994/1995	2001/2002
Hauptschulabschluss	25,1	25,7	24,1	27,7	28,9	27,6	22,2	22,3	20,5
Realschulabschluss	41,6	40,1	41,3	39,2	37,8	39,4	44,2	42,6	43,2
Fachhochschulreife	0,8	0,8	1,3	0,8	0,7	1,2	0,8	0,8	1,4
Hochschulreife	25,8	25,7	25,1	23,9	22,8	21,4	27,8	28,9	29,0
Ohne Abschluss	6,7	7,7	8,2	8,4	9,8	10,4	5,0	5,4	6,0

Schulabschluss	Ausländische Schulentlassene								
	insgesamt			männlich			weiblich		
	1991/1992	1994/1995	2001/2002	1991/1992	1994/1995	2001/2002	1991/1992	1994/1995	2001/2002
Hauptschulabschluss	44,4	43,8	40,8	44,6	43,9	41,8	44,1	43,8	39,7
Realschulabschluss	26,3	26,8	28,8	23,5	24,2	25,8	29,4	29,8	31,9
Fachhochschulreife	0,6	0,8	1,4	0,6	0,7	1,3	0,6	0,9	1,5
Hochschulreife	7,8	8,8	9,5	7,4	8,1	7,9	8,3	9,7	11,3
Ohne Abschluss	20,9	19,7	19,5	23,9	23,2	23,1	17,5	15,8	15,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1

Tabelle 15

**Deutsche und ausländische Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
bzw. mit Abitur nach ausgewählten Bundesländern im Schuljahr 2001/2002**
Angaben in Prozent

Bundesland	Ohne Schulabschluss		Hochschulreife	
	Deutsche	Ausländer	Deutsche	Ausländer
Baden-Württemberg	6,1	19,7	24,1	5,4
Bayern	8,2	24,5	20,8	6,6
Berlin	8,9	24,1	33,1	12,9
Bremen	7,6	14,3	33,0	14,2
Hamburg	10,3	17,7	36,0	13,8
Hessen	7,1	19,1	29,3	10,5
Niedersachsen	8,6	26,6	21,4	7,8
Nordrhein-Westfalen	6,0	14,4	28,0	12,1
Rheinland-Pfalz	8,2	21,9	23,5	5,8
Saarland	8,2	22,6	22,9	6,9
Schleswig-Holstein	10,5	19,0	21,3	7,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1 und eigene Berechnungen

Tabelle : 16

**Ausbildungsquote ausländischer Auszubildender in der Bundesrepublik
Deutschland nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten
in den Jahren 1994 und 2000 bis 2002**
Angaben in Prozent

Staatsangehörigkeit	1994			2000			2001			2002		
	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w	insg.	m	w
Ausländer insgesamt	43,5	51,6	33,9	39,7	44,1	34,8	37,6	41,0	33,7	34,0	36,5	31,3
darunter:												
Griechen	45,0	55,2	34,0	43,9	50,1	37,1	45,1	51,6	38,1	42,5	46,8	37,7
Italiener	54,5	65,1	43,2	53,2	60,0	46,0	52,9	59,5	45,9	50,0	56,0	43,5
Spanier	63,2	73,4	51,4	79,5	93,7	65,4	72,1	87,3	58,3	59,9	74,3	46,7
Türken	48,3	58,2	36,1	48,4	57,3	38,4	44,7	52,0	36,6	37,6	42,7	32,0
Portugiesen	53,8	69,0	38,6	45,8	53,1	37,6	45,2	52,0	37,6	41,9	45,0	38,2
Deutsche	69,7	80,6	58,3	66,7	78,4	55,1	65,3	74,4	55,7	63,5	72,4	54,2

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

Ausbildungsbeteiligungsquote ausländischer Jugendlichen sowie Ausländeranteil: Auszubildende und Bevölkerung nach alten und neuen Bundesländern in den Jahren 2002 und 2003

	Bevölkerung 15- u. 18 Jährige			Bevölkerung 18- u. 21 Jährige			Auszubildende			Ausbildungsbeteiligungsquote von Ausländern ¹⁾	
	Insgesamt	Ausländer	Ausländeranteil	Insgesamt	Ausländer	Ausländeranteil	Insgesamt	Ausländer	Ausländeranteil	15 bis unter 18 Jahre	18 bis unter 21 Jahre
2002											
alte Bundesländer ²⁾	2.246.209	258.573	11,5	2.253.005	288.452	12,8	1.314.817	84.838	6,5	32,8	29,4
neue Bundesländer ³⁾	574.868	10.080	1,8	569.287	15.517	2,7	307.624	380	0,1	3,8	2,4
Deutschland	2.821.077	268.653	9,5	2.822.292	303.969	10,8	1.622.441	85.218	5,3	31,7	28,0
2003											
alte Bundesländer ²⁾	2.327.456	265.587	11,4	2.234.289	277.074	12,4	1.284.186	78.742	6,1	29,6	28,4
neue Bundesländer ³⁾	565.273	9.917	1,8	560.922	15.178	2,7	297.443	463	0,2	4,7	3,1
Deutschland	2.892.729	275.504	9,5	2.795.211	292.252	10,5	1.581.629	79.205	5,0	28,7	27,1

¹⁾ Angaben in %. Die Quote wurde zu Vergleichszwecken in zwei Varianten berechnet als Anteil der ausländischen Auszubildenden an der ausländischen Bevölkerung im Alter von 15 bis 18 Jahren (a) bzw. im Alter von 18 bis unter 21 Jahren (b); in der Vergangenheit wurde die Variante a berechnet, da aber das Durchschnittsalter der Ausbildungsempfänger schon bei ca. 19 Jahren liegt, entspricht die Bevölkerungsgruppe der Variante (b) eher der ausbildungsrelevanten Bevölkerungsgruppe.

²⁾ Inklusive Berlin-Ost.

³⁾ Ohne Berlin-Ost.

Anmerkungen:

Im Berufsbildungsbericht 2004 wurde die Ausbildungs(beteiligungs)quote mit 34% ausgewiesen. Der große Unterschied zu dem Wert aus 2003 ist größtenteils auf eine veränderte Berechnungsweise zurückzuführen. Im Jahr 2002 wurden für die ausländische Bevölkerung die Daten des Ausländerzentralregisters verwendet, das geringere Ausländerzahlen als die Bevölkerungsforschreibung ausweist. Insbesondere für die Jugendlichen ist anzunehmen, dass das Ausländerzentralregister deren Zahlen untererfasst, so dass nunmehr die Daten der Bevölkerungsforschreibung verwendet werden. Gleiches gilt für die Angabe zum Ausländeranteil an der Bevölkerung in dieser Altersgruppe, der im Berufsbildungsbereich 2004 noch mit ca. 10% ausgewiesen wurde.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsforschreibung (Stichtag 31.12.) und Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 3, Berufliche Bildung, Erhebung zum 31. Dezember; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle 18

**Deutsche und ausländische Teilnehmer an beruflichen Schulen
ohne Berufsschulen im dualen System
und Berufsbildungsjahr (BGJ) in kooperativer Form**
Angaben in Prozent

	1992		1994		1996		1998		2000		2002	
	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder	Deut- sche	Aus- länder
Berufsvorbereitung	3,8	19,3	5,4	18,1	7,1	20,2	7,1	17,7	7,3	18,5	7,4	18,3
Berufsbildungs- jahr BGJ	10,9	14,9	12,3	14,8	5,1	6,3	4,8	6,6	4,6	6,4	4,4	5,8
Berufsaufbauschulen	0,9	0,7	0,6	0,7	0,3	0,6	0,2	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2
Berufsfachschulen	36,1	44,8	36,9	45,7	42,1	50,2	46,1	52,2	47,1	51,8	47,0	51,7
Fachoberschulen	10,9	7,3	10,3	7,2	11,0	7,7	10,5	7,9	11,3	7,8	11,5	7,5
Fachgymnasien	11,4	7,2	11,5	7,0	12,2	7,6	11,7	7,9	11,6	7,3	11,8	7,1
Fachschulen	24,6	5,1	21,9	5,8	21,2	6,6	18,5	6,6	17,1	7,4	17,0	8,7
Fach-/ Berufsakademie	1,4	0,7	1,1	0,7	1,0	0,8	1,0	0,7	0,9	0,6	0,8	0,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Insgesamt (absolut)	647.400	66.314	702.979	77.336	689.407	78.980	739.876	80.751	795.417	78.698	874.712	79.253

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, Berufsbildungsbericht 2004, Tab. 28, eigene Berechnungen

**Junge Erwachsene ohne Berufsabschluss im westlichen Bundesgebiet und Berlin.
Deutsche und Ausländer zwischen 24 und 29 Jahren im Jahr 2000**
Angaben in Prozent

	insgesamt	Deutsche	Ausländer
Männlich	14,0	9,1	35,5
Weiblich	17,8	11,6	44,1
Insgesamt	15,9	10,4	39,7

Quelle: Trotsch, Klaus: Bildungsbeteiligung und -chancen von ausländischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Integration durch Qualifikation. Chancengleichheit für Migrantinnen und Migranten in der beruflichen Bildung, Ergebnisse, Veröffentlichungen und Materialien aus dem BIBB, Bonn 2003

**Ausbildungsberufe 2002:
Die zehn häufigsten von ausländischen Auszubildenden in der Bundesrepublik
Deutschland gewählten Ausbildungsberufe 2002 im Vergleich zu 2001**

Ausbildungsberuf	Ausländische Auszubildende	Anteil an allen Auszubildenden des Berufs ¹⁾	
	2002	2002	2001
	Anzahl	Prozent	
Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel	5.309	9,1	9,6
Friseur/Friseurin	5.229	14,2	14,9
Arzthelfer/Arzthelferin	4.590	10,5	10,2
Kraftfahrzeugmechaniker/ Kraftfahrzeugmechanikerin	4.313	7,2	7,6
Zahnmedizinische(r) Fachangestellte(r) ²⁾	3.807	10,4	9,8
Bürokaufleute ³⁾	3.587	6,7	7,1
Maler und Lackierer/Malerin und Lackiererin	2.970	9,9	10,5
Elektroinstallateur/Elektroinstallateurin	2.575	7,3	7,7
Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel	2.319	6,2	6,6
Verkäufer/Verkäuferin	2.284	12,1	13,1

¹⁾ Die Quote wurde berechnet für die alten Länder mit Berlin, da es in den neuen Ländern kaum ausländische Auszubildende gibt.

²⁾ Einschließlich Zahnarzthelfer/Zahnarzthelferin.

³⁾ Summe der Auszubildenden Bürokaufleute im Bereich Industrie und Handel und im Handwerk.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 3, Berufliche Bildung, Erhebung zum 31. Dezember; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Tabelle 21

Entwicklung der Erwerbsquoten von deutschen und ausländischen Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland 1991-2003

Erwerbsquote in %¹⁾	1991	1996	2001	2003
Deutsche Männer	59,8 %	57,1 %	56,1 %	55,6 %
Deutsche Frauen	41,3 %	41,1 %	42,6 %	43,2 %
Insgesamt	50,1 %	48,8 %	49,1 %	49,2 %
Ausländische Männer	62,5 %	59,5 %	60,5 %	60,8 %
Ausländische Frauen	38,5 %	37,6 %	40,1 %	41,7 %
Insgesamt	51,8 %	49,5 %	50,9 %	51,7 %

¹⁾ Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung zum April/Mai des Jahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt Mikrozensus

Ausländische Erwerbstätige in der Bundesrepublik Deutschland nach Stellung im Beruf und Geschlecht 1991– 2003

Jahr	Erwerbstätige insgesamt		Davon						Angestellte ¹⁾		Arbeiter ²⁾			
			Selbstständige			Mithelfende Familienangehörige								
			ohne Beschäftigte		mit Beschäftigten		zusammen						1000	%
	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%	1000	%		
Insgesamt														
1991	2 611	100	87	3,3	88	3,4	175	6,7	14	0,5	615	23,6	1 808	69,3
1992	2 872	100	104	3,6	103	3,6	207	7,2	21	0,7	724	25,2	1 920	66,9
1993	2 989	100	110	3,7	117	3,9	227	7,6	19	0,6	764	25,6	1 980	66,0
1994	2 982	100	115	3,9	130	4,4	245	8,2	24	0,8	809	27,1	1 904	63,9
1995	2 997	100	123	4,1	116	3,9	239	8,0	25	0,8	797	26,6	1 936	64,6
1996	2 934	100	133	4,5	117	4,0	250	8,5	26	0,9	749	25,5	1 898	64,7
1997	2 868	100	137	4,8	112	3,9	249	8,7	22	0,8	812	28,3	1 775	61,9
1998	2 837	100	130	4,6	120	4,2	250	8,8	29	1,0	822	29,0	1 725	60,8
1999	2 920	100	141	4,8	122	4,2	263	9,0	23	0,8	870	29,8	1 752	60,0
2000	3 012	100	147	4,9	111	3,7	258	8,6	26	0,9	891	29,6	1 827	60,7
2001	3 074	100	140	4,6	117	3,8	257	8,4	31	1,0	1019	33,1	1 755	57,1
2002	3 050	100	145	4,8	128	4,2	273	9,0	31	1,0	1075	35,2	1 661	54,5
2003	2 991	100	154	5,1	132	4,4	286	9,5	29	1,0	1087	36,3	1 575	52,7
Weiblich														
1991	857	100	25	2,9	16	1,9	41	4,8	11	1,3	291	34,0	513	59,9
1992	951	100	30	3,2	17	1,8	47	4,9	15	1,6	338	35,5	550	57,8
1993	983	100	32	3,3	21	2,1	53	5,4	15	1,5	367	37,3	549	55,8
1994	1 010	100	32	3,2	26	2,6	58	5,7	16	1,6	402	39,8	534	52,9
1995	1 019	100	33	3,2	20	2,0	53	5,2	20	2,0	398	39,1	548	53,8
1996	1 029	100	40	3,9	24	2,3	64	6,2	17	1,7	402	39,1	552	53,6
1997	1 003	100	40	4,0	22	2,2	62	6,2	16	1,6	405	40,4	517	51,5
1998	1 017	100	38	3,7	23	2,3	61	6,0	20	2,0	417	41,0	515	50,6
1999	1 059	100	40	3,8	24	2,3	64	6,0	16	1,5	440	41,5	535	50,5
2000	1 104	100	44	4,0	24	2,2	68	6,2	18	1,6	453	41,0	561	50,8
2001	1 156	100	44	3,8	26	2,2	70	6,1	22	1,9	505	43,7	555	48,0
2002	1 165	100	45	3,9	27	2,3	72	6,2	22	1,9	535	45,9	533	45,8
2003	1 175	100	48	4,1	27	2,3	75	6,4	20	1,7	547	46,6	528	44,9

¹⁾ Einschließlich Auszubildende in anerkannten kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen.

²⁾ Einschl. Auszubildende in anerkannten gewerblichen Ausbildungsberufen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 23

Berufliche Bildung von selbständig und abhängig Beschäftigten in den alten Bundesländern nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten im Jahr 2002

Angaben in Prozent

	Deutsche	Ausländer				
		Insgesamt	Ausgewählte Industrie- länder	Anwerbeländer		
				Insgesamt	Italien	Türkei
selbständig Beschäftigte						
ohne Berufsabschluss	7,1	27,7	7,0	38,6	34,2	47,2
Berufliches Praktikum/ Anlernausbildung	1,1	2,3	2,3	2,6	2,6	2,8
Lehre/Berufsausbildung	43,7	38,6	37,2	44,7	50,0	38,9
Meister / Techniker	21,3	9,5	16,3	6,1	5,3	5,6
(Fach-)Hochschule	26,8	21,8	37,2	7,9	7,9	5,6
abhängig Beschäftigte						
ohne Berufsabschluss	9,4	39,0	13,5	48,3	46,5	56,3
Berufliches Praktikum/ Anlernausbildung	1,4	3,2	1,8	3,3	2,2	3,9
Lehre/Berufsausbildung	61,6	41,6	45,3	42,1	43,0	35,7
Meister / Techniker	9,2	4,5	8,1	2,4	2,6	1,4
(Fach-)Hochschule	18,4	11,8	31,4	3,9	5,7	2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnungen

Tabelle 24

Entwicklung der Selbständigenquote von deutschen und ausländischen Erwerbstätigen nach Geschlecht in den Jahren 1975 bis 2004

Jahr	Selbständigenquote ¹⁾			
	Deutsche		Ausländer	
	insgesamt	Frauen ²⁾	insgesamt	Frauen ²⁾
1975	9,8	4,9	2,6	1,2
1980	9,0	4,8	4,0	2,4
1985	9,4	5,5	6,1	4,0
1990	9,0	5,3	6,2	4,5
1995	9,4	5,8	8,0	6,2
1999	10,0	6,3	9,0	6,0
2000	10,1	6,4	8,6	6,2
2001	10,0	6,3	8,4	6,1
2002	10,1	6,3	9,0	6,2
2003	10,4	6,6	9,6	6,4
2004	10,9	7,0	9,7	6,7

¹⁾ Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen; bis 1990 nur früheres Bundesgebiet.²⁾ Anteil der selbständigen Frauen an den weiblichen Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, eigene Berechnung

**Selbständig beschäftigte Ausländer in den alten Bundesländern nach
ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Zeitpunkt des Zuzugs
nach Deutschland 1996 und 2002**

Angaben in Prozent

	Ausländer insgesamt	Ausgewählte Industrie- länder	Anwerbeländer		
			Insgesamt	Italien	Türkei
selbständig Beschäftigte 2002					
In Deutschland geboren	14,6	17,6	16,8	14,7	21,2
Zuzug vor 1961	1,6	2,9	1,0	2,9	0,0
1961 bis 1970	16,8	20,6	19,8	23,5	12,1
1971 bis 1980	23,8	17,6	28,7	29,4	36,4
1981 bis 1990	23,2	17,6	19,8	17,6	18,2
1991 bis 2002	20,0	23,5	13,9	11,8	12,1
Zum Vergleich: selbständig Beschäftigte 1996					
In Deutschland geboren	5,6	7,7	7,0	6,7	6,1
Zuzug vor 1961	2,8	5,1	2,0	6,7	0,0
1961 bis 1970	23,6	20,5	29,0	33,3	18,2
1971 bis 1980	32,0	25,6	39,0	26,7	57,6
1981 bis 1990	25,8	25,6	18,0	20,0	15,2
1991 bis 2002	10,1	15,4	5,0	6,7	3,0
Zum Vergleich: abhängig Beschäftigte 2002					
In Deutschland geboren	16,1	19,5	20,2	23,8	22,0
Zuzug vor 1961	0,6	1,1	0,6	1,4	0,2
1961 bis 1970	11,7	9,5	15,0	21,0	7,7
1971 bis 1980	22,3	20,0	28,7	25,2	35,9
1981 bis 1990	17,6	17,9	14,8	15,2	15,6
1991 bis 2002	31,7	32,1	20,7	13,3	18,6

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; eigene Berechnungen

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Deutsche und Ausländer
in der Bundesrepublik Deutschland nach Geschlecht 1999 bis 2003**

Tabelle 26

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Deutsche				Ausländer			
		Absolut	Darunter Frauen in %	Anteil an sozialvers. pfl. Gesamt- beschäfti- gung in %	Veränderun- gen gegen- über dem jeweiligen Vorjahr	Absolut	Darunter Frauen in %	Anteil an sozialvers. pfl. Gesamt- beschäfti- gung in %	Veränderun- gen gegen- über dem jeweiligen Vorjahr
1999	27.756.492	25.841.314	44,8	93,1	+1,9	1.915.178	34,7	6,9	-5,4
2000	27.979.593	25.971.645	45,1	92,8	+ 0,5	2.007.948	35,9	7,2	+4,8
2001	27.864.091	25.884.755	45,5	92,9	- 0,3	1.979.336	36,2	7,1	-1,4
2002	27.360.497	25.458.682	46,0	93,1	-1,6	1.901.815	36,7	6,9	-3,9
2003	26.746.384	24.951.710	46,0	93,3	-2,0	1.794.674	37,0	6,7	-5,6

¹⁾ Angaben zum Jahresende.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

**Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Ausländern
in der Bundesrepublik Deutschland nach Geschlecht in den Jahren 1999-2003**

Jahr	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer ¹⁾		Arbeitslose Ausländer ²⁾			
	Insgesamt	darunter (Sp.1) Frauen in %	Insgesamt	Quote ³⁾	darunter (Sp.3) Frauen in %	in % aller Arbeitslosen insgesamt
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
1999	1.924.822	34,1	508.181	19,1	36,0	12,4
2000	1.963.620	34,6	470.414	17,1	37,0	12,1
2001	2.008.062	35,6	464.528	17,8	37,3	12,1
2002	1.959.953	36,2	505.414	18,9	36,5	12,4
2003	1.873.939	36,7	548.529	20,3	36,1	12,5
Westdeutschland						
1999	1.819.275	33,9	444.730	18,0	35,8	17,1
2000	1.862.045	34,4	405.171	15,8	36,9	17,0
2001	1.899.915	35,3	396.697	16,3	37,1	17,1
2002	1.855.906	36,0	432.619	17,4	36,1	17,3
2003	1.773.385	36,4	471.254	18,8	35,6	17,1
Ostdeutschland						
1999	105.547	36,5	63.452	x	37,6	4,2
2000	101.575	37,6	65.243	x	38,0	4,3
2001	108.147	40,8	67.831	x	38,5	4,4
2002	104.047	39,3	72.795	x	38,7	4,7
2003	100.554	40,4	77.275	x	39,1	4,8

¹⁾ Stand jeweils Ende Juni.

²⁾ Stand jeweils Ende Juni.

³⁾ Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. März 2004**

Tabelle 28

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	darunter Frauen		darunter Männer		Anteil an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländern
		Absolut	Anteil in % ¹⁾	Absolut	Anteil in % ¹⁾	
Afghanistan	11.610	3.214	27,7	8.396	72,3	0,7
Äthiopien	4.197	1.707	40,7	2.490	59,3	0,2
Bosnien u. Herzegowina	34.996	15.763	45,0	19.233	55,0	2,0
China	12.026	4.540	37,8	7.486	62,2	0,7
Ghana	7.219	3.036	42,1	4.183	57,9	0,4
Griechenland	96.161	38.408	39,9	57.753	60,1	5,4
Irak	13.760	1.349	9,8	12.411	90,2	0,8
Iran	16.005	5.354	33,5	10.651	66,5	0,9
Italien	175.136	55.422	31,6	119.714	68,4	9,8
Jugoslawien	153.763	59.491	38,7	94.272	61,3	8,6
Kamerun	2.709	832	30,7	1.877	69,3	0,2
Libanon	5.920	1.143	19,3	4.777	80,7	0,3
Marokko	21.211	4.828	22,8	16.383	77,2	1,2
Nigeria	4.206	542	12,9	3.664	87,1	0,2
Pakistan	5.491	461	8,4	5.030	91,6	0,3
Polen	62.363	33.489	53,7	28.874	46,3	3,5
Portugal	42.156	15.580	37,0	26.576	63,0	2,4
Russische Föderation	33.902	15.955	47,1	17.947	52,9	1,9
Spanien	35.679	14.481	40,6	21.198	59,4	2,0
Sri Lanka	9.451	1.593	16,9	7.858	83,1	0,5
Togo	3.321	576	17,3	2.745	82,7	0,2
Tunesien	7.526	1.363	18,1	6.163	81,9	0,4
Türkei	479.884	147.799	30,8	332.085	69,2	26,9
Vietnam	18.655	7.175	38,5	11.480	61,5	1,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte¹ und Beschäftigungsquote² nach ausgewählten Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland 1998-2003

Staatsangehörigkeit		1998	1999	2000	2001	2002	2003
Deutsche	absolut	25.343.179	25.841.314	25.971.645	25.884.755	25.458.682	24.951.710
	<i>Beschäftigungsquote</i>	33,9	34,5	34,6	34,5	33,9	33,2
Ausländer	absolut	2.023.788	1.915.178	2.007.948	1.979.336	1.901.815	1.794.674
	<i>Beschäftigungsquote</i>	27,6	26,1	27,9	27,0	25,9	24,5
EU-Ausländer	absolut	639.232	633.566	642.131	631.152	593.342	557.931
	<i>Beschäftigungsquote</i>	34,5	34,1	34,3	33,8	31,9	30,2
Türken	absolut	572.492	547.075	563.352	548.111	523.689	487.681
	<i>Beschäftigungsquote</i>	27,1	26,6	28,2	28,1	27,4	26,0
Jugoslawen bzw. Serben-Montenegriner ³	absolut	272.659	213.765	198.802	188.359	174.863	155.965
	<i>Beschäftigungsquote</i>	37,9	29,0	30,0	30,0	29,6	27,4
Griechen	absolut	109.637	111.613	113.534	111.017	105.005	97.663
	<i>Beschäftigungsquote</i>	30,2	30,6	31,1	30,6	29,2	27,5
Italiener	absolut	197.150	199.783	203.137	198.006	186.314	173.735
	<i>Beschäftigungsquote</i>	32,2	32,4	32,8	32,1	30,6	28,9
Franzosen	absolut	72.039	78.002	81.124	80.746	73.941	69.816
	<i>Beschäftigungsquote</i>	68,1	72,8	73,6	72,5	65,8	61,8

¹⁾ Jeweils Ende Dezember.

²⁾ Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

³⁾ Bis einschließlich März 1999 Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens, danach BR Jugoslawien bzw. Serbien und Montenegro.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des efms

Tabelle 30

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer in der Bundesrepublik
Deutschland nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer							
	Juni 2001		Juni 2002		Juni 2003		März 2004	
	Absolut	Anteil in % ¹⁾	Absolut	Anteil in % ¹⁾	Absolut	Anteil in % ¹⁾	Absolut	Anteil in % ¹⁾
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	25.824	7,6	26.579	8,0	25.081	7,8	21.359	7,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	9.440	6,9	8.544	6,6	7.665	6,4	6.943	6,2
Verarbeitendes Gewerbe	693.126	9,5	657.600	9,2	618.113	8,9	588.369	8,6
Energie- und Wasserversorgung	4.501	1,7	4.412	1,7	4.151	1,7	4.212	1,7
Baugewerbe	141.103	6,9	128.658	6,8	114.571	6,6	100.283	6,4
Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz usw.	238.870	5,7	238.445	5,7	229.004	5,7	222.520	5,6
Gastgewerbe	174.059	22,3	176.847	22,2	163.839	21,4	150.866	21,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	115.861	7,5	113.181	7,4	109.738	7,4	106.772	7,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	25.970	2,4	26.390	2,5	25.451	2,4	24.692	2,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	269.879	8,7	270.810	8,7	267.622	8,6	258.974	8,3
Öffentl. Verwaltung, Verteidi- gung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	42.501	2,4	41.389	2,4	41.873	2,4	41.864	2,4
Erziehung und Unterricht	47.048	4,6	47.641	4,5	49.328	4,8	49.570	4,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	138.754	4,7	139.291	4,6	139.193	4,5	137.862	4,4
Erbringung sonst. öffentl. u. persönlicher Dienstleistungen, private Haushalte	80.541	6,3	80.039	6,2	78.146	6,2	74.486	6,0

¹⁾ Anteil der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je Branche.

Quelle: Angaben der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

**Geringfügig entlohnt Beschäftigte in Deutschland nach
Staatsangehörigkeit und Geschlecht am 31.März 2004**

	Insgesamt	Deutsche				Ausländer			
		Absolut	Anteil (Sp. 1) in %	Darunter (Spalte 3)		Absolut	Anteil (Sp. 1) in %	Darunter (Spalte 6)	
				Frauen in %	Männer in %			Frauen in %	Männer in %
		1	2	3	4	5	6	7	8
Gesamtanzahl aller geringfügig entlohnt Beschäftigten	6.210.616	5.650.658	91,0	65,3	34,7	559.958	9,0	59,3	40,7
Darunter ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	4.658.936	4.271.576	91,7	67,7	32,3	387.360	8,3	65,7	34,3
Darunter geringfügig entlohnt Beschäftigte im Nebenjob	1.551.680	1.379.082	88,9	58,1	41,9	172.410	11,1	45,5	54,5

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit 1999 bis 2003

Tabelle 32

Jahr	Deutsche				Ausländer				
	Insgesamt	Absolut	darunter (Spalte 2) Frauen in %	Anteil (Spalte 1) in %	Veränderun- gen gegen- über dem jeweiligen Vorjahr	Absolut	darunter (Spalte 3) Frauen in %	Anteil (Spalte 1) in %	Veränderun- gen gegen- über dem jeweiligen Vorjahr
1999	3.929.951	3.636.873	71,6	92,5	- ¹⁾	293.078	70,3	7,5	- ¹⁾
2000	4.198.864	3.886.012	71,0	92,5	+6,9	312.852	71,1	7,5	+6,7
2001	4.201.802	3.888.804	70,6	92,6	+0,1	312.998	71,3	7,4	+0,04
2002	4.183.791	3.865.041	70,2	92,4	-0,6	318.750	70,5	7,6	+1,8
2003	4.544.180	4.174.853	68,3	91,9	+8,0	369.327	66,4	8,1	+15,9

¹⁾ Zahlen für 1999 liegen nicht vor.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Geringfügig entlohnt beschäftigte Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Geschlecht am 31. März 2004

Angaben in Prozent

Staatsangehörigkeit	Beschäftigte Ausländer absolut	Art der Beschäftigung			Frauen			Männer		
		GeB ¹⁾ ausschließlich	GeB ¹⁾ im Nebenjob	GeB ¹⁾ ausschließlich	GeB ¹⁾ im Nebenjob	GeB ¹⁾ ausschließlich	GeB ¹⁾ im Nebenjob			
Afghanistan	6.447	72,6	27,4	80,6	19,4	67,5	32,5			
Äthiopien	1.519	55,0	45,0	63,1	36,9	44,3	55,7			
Bosnien u. Herzegowina	13.094	57,4	42,6	62,3	37,7	48,1	51,9			
China	4.721	78,4	21,6	79,5	20,5	77,0	23,0			
Ghana	3.956	45,0	55,0	51,2	48,2	38,5	61,5			
Griechenland	24.183	63,7	36,3	69,5	30,5	55,5	44,5			
Irak	6.757	70,2	29,8	84,5	15,5	67,5	32,5			
Iran	6.688	77,6	22,4	81,5	18,5	75,2	24,8			
Italien	45.644	63,7	36,3	74,0	26,0	50,4	49,6			
Jugoslawien	41.268	59,4	40,6	65,7	34,3	50,4	49,6			
Kamerun	1.398	66,9	33,1	67,7	32,3	66,4	33,6			
Libanon	2.809	79,7	20,3	84,8	15,2	78,1	21,9			
Marokko	7.499	70,4	29,6	77,1	22,9	64,8	35,2			
Nigeria	1.394	52,7	47,3	68,2	31,8	47,7	52,3			
Pakistan	2.440	72,2	27,8	84,5	15,5	69,9	30,1			
Polen	21.814	76,9	23,1	79,7	20,3	65,8	34,2			
Portugal	13.930	50,8	49,2	62,6	37,4	32,8	67,2			
Russische Föderation	13.778	79,8	20,2	82,3	17,7	73,4	26,6			
Spanien	7.585	63,6	36,4	72,0	28,0	49,7	50,3			
Sri Lanka	4.993	62,4	37,6	87,0	13,0	40,5	59,5			
Togo	1.536	55,5	44,5	75,8	24,2	44,6	55,4			
Tunesien	2.490	71,0	29,0	79,3	20,7	64,5	35,5			
Türkei	174.035	70,4	29,6	80,4	19,6	56,2	43,8			
Vietnam	7.201	71,2	28,2	77,4	22,6	62,3	37,7			

¹⁾ GeB: Geringfügig entlohnte Beschäftigte.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Tabelle 34

**Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Ausländer, Deutschen und
Spätaussiedler von 1992 bis 2003**

Jahr	Ausländer	Deutsche	Spätaussiedler	Arbeitslose insgesamt	Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen in v.Hd.	Anteil der Spätaussiedler an allen Arbeitslosen in v.Hd.
1992	269.772	2.708.799	138.977	2.978.570	9,1	4,7
1993	359.449	3.059.693	170.358	3.419.141	10,5	5,0
1994	420.903	3.277.154	139.418	3.698.057	11,4	3,8
1995	436.261	3.175.660	138.266	3.611.921	12,1	3,8
1996	495.956	3.469.108	143.823	3.965.064	12,5	3,6
1997	547.816	3.836.640	150.970	4.384.456	12,5	3,4
1998	534.698	3.744.590	126.035	4.279.288	12,5	2,9
1999	510.168	3.589.041	99.702	4.099.209	12,4	2,4
2000	470.994	3.417.658	77.411	3.888.652	12,1	2,0
2001	464.739	3.386.897	64.790	3.851.636	12,1	1,7
2002	505.443	3.554.873	59.390	4.060.317	12,4	1,5
2003	548.530	3.828.239	58.224	4.376.769	12,5	1,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des efrms

Arbeitslose Ausländer im Jahr 2003 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten

Staatsangehörigkeit	insgesamt	Männer	Frauen	Frauenanteil in %
Alle Arbeitslosen	4.376.769	2.446.202	1.930.567	44,1
Deutsche	3.828.239	2.095.708	1.732.531	45,3
Ausländer zusammen	548.530	350.494	198.036	36,1
aus EU-Staaten				
EU-Staaten insgesamt	110.318	70.726	39.591	35,9
Frankreich	5.377	2.935	2.442	45,4
Griechenland	23.807	14.147	9.660	40,6
Großbritannien	4.939	3.546	1.392	28,2
Italien	45.730	32.131	13.599	29,7
Portugal	8.075	5.329	2.746	34,0
Spanien	6.273	3.547	2.726	43,5
aus Nicht-EU-Staaten				
Nicht-EU-Staaten insgesamt	438.212	279.768	158.445	36,2
Serbien und Montenegro	36.224	25.816	10.407	28,7
Marokko	6.198	5.023	1.175	19,0
Türkei	175.445	117.077	58.369	33,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des efms

Arbeitslose Ausländer, Spätaussiedler und Deutsche nach ausgewählten Strukturmerkmalen am 30. September 2001, 2002 und 2003

Angaben in Prozent

Tabelle 36

Merkmal	Ausländer			Spätaussiedler			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Arbeitslose insgesamt	454.313	491.711	528.291	65.244	58.144	454.313	3.224.717	3.392.632	3.621.347
in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Darunter: Männer	61,8	62,8	63,1	43,9	47,4	48,8	51,2	53	53,4
Frauen	38,2	37,2	36,9	56,1	52,6	51,2	48,8	47	46,6
Angestelltenberufe	22,2	22,8	23,4	28,2	26,4	26,3	41,7	41,9	42,8
Arbeiterberufe	77,8	77,2	76,6	71,8	73,6	73,7	58,3	58,1	57,2
Berufsausbildung									
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	75,8	73,3	72,5	60,06	59,7	59	31,1	29,5	28,4
mit abgeschlossener Berufsausbildung	24,2	26,7	27,5	39,4	40,3	41	68,9	70,5	71,6
davon: betrieblich/außerbetrieblich	16,2	17,8	18,4	20,08	20,6	20,6	58,9	60	60,6
Berufsfach-/Fachschule	3,3	3,2	3,2	12,2	12,3	12,2	5,1	4,9	4,9
Fachhochschule	1	1,4	1,5	1	1,6	2	1,5	1,9	2,2
Wiss. Hochschule	3,7	4,4	4,4	5,4	5,8	6,1	3,3	3,7	3,8
Alter									
unter 20 Jahren	2,8	2,2	1,6	4	3,4	2,4	3,2	2,9	2,3
20 bis unter 25 Jahre	9,5	9,3	8,6	9,9	9,9	8,5	9,5	10,3	10,3
25 bis unter 30 Jahre	13,8	14,3	14,2	10,5	11,5	12,3	8	8,7	9,4
30 bis unter 35 Jahre	14,8	16	16,7	8,7	9,4	10,3	11,1	11,3	11
35 bis unter 40 Jahre	13,8	14,4	15,3	11,8	11	10,7	13,3	13,7	14,1
40 bis unter 45 Jahre	10,4	11,2	12,3	15,5	15,1	15,4	12,6	13,5	14,6
45 bis unter 50 Jahre	9,4	9,5	10,2	14,6	14,8	15,8	12	12,5	13,3
50 bis unter 55 Jahre	11,5	10,6	10,2	12,6	14,1	15,7	11,9	12,4	13,6
55 bis unter 60 Jahre	10,7	9,7	9,2	6,4	5,7	6,5	14,3	11,4	9,4
60 bis unter 65 Jahre	3,4	2,7	1,7	5,9	5,0	2,3	4,2	3,2	1,9
In Arbeitslosigkeit seit									
unter 1 Monat	12,3	13	11,9	15,7	16,4	14,5	10,8	11,6	10,7
1 bis unter 3 Monate	18,5	17,7	16	25,2	25,3	19,8	18,2	17,8	17
3 bis unter 6 Monate	16,1	16,3	15,4	18,7	19,5	22,2	15,5	16	14,6
6 bis unter 12 Monate	19,4	20,3	21,5	16,5	17,4	20,8	19,7	19,7	20,8
12 bis unter 24 Monate	14,8	16,2	18,6	11,9	12,3	15,1	15,9	17	18,7
24 Monate und länger	19	16,4	16,6	11,9	9,2	7,5	19,8	17,9	18,4

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt 2003, Amtliche Nachrichten, S.162

**Arbeitslose Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit
in den Jahren 1999-2003**

Jahr	Arbeitslose Jugendliche insgesamt				Arbeitslose deutsche Jugendliche				Arbeitslose ausländische Jugendliche			
	15 - 19 Jahre		20 - 24 Jahre		15 - 19 Jahre		20 - 24 Jahre		15 - 19 Jahre		20 - 24 Jahre	
	absolut	in % ¹⁾	absolut	in % ¹⁾	absolut	in % ¹⁾	absolut	in % ¹⁾	absolut	in % ¹⁾	absolut	in % ¹⁾
1999	97.077	2,1	315.922	7,0	83.127	2,0	268.007	7,0	13.777	2,9	47.531	7,0
2000	94.005	2,0	312.130	6,7	81.877	2,0	271.348	6,8	11.995	2,6	40.365	6,1
2001	95.798	2,1	353.579	7,4	83.349	2,0	305.707	7,5	12.304	2,7	47.437	7,0
2002	90.076	1,9	398.596	8,2	79.291	1,9	349.732	8,4	10.673	2,3	48.460	7,2
2003	67.312	1,4	386.922	7,9	60.131	1,4	342.408	8,1	7.090	1,5	44.171	6,7

¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe. Die offiziellen Arbeitslosenquoten von Jugendlichen liegen deutlich über diesen Werten, da die Grundgesamtheit zur Berechnung der Quoten kleiner ist und nur die erwerbstätigen und arbeitslosen Jugendlichen umfasst.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004 und Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Tabelle 38

Privathaushalte in der Bundesrepublik Deutschland nach Beteiligung am Erwerbsleben und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen im Mai 2003

	Haushalte insgesamt in Tsd. ¹⁾	Haushaltseinkommen von ... bis unter ... € in % der Haushalte insgesamt				
		Unter 900	900-2.000	2.000-3.200	3.200-4.500	4.500 u. mehr
Haushalte mit deutscher Bezugsperson: Bezugsperson ist ...						
erwerbstätig	18.712	6,7	36,0	33,7	14,7	8,9
erwerbslos	2.226	46,0	40,9	11,0	1,7	0,4
nicht auf Erwerb gerichtet	13.572	20,3	53,7	19,0	4,8	2,1
Insgesamt	34.504	14,6	43,2	26,5	10,0	5,7
Haushalte mit ausländischer Bezugsperson: Bezugsperson ist ...						
erwerbstätig	1.619	9,6	46,8	30,6	8,4	4,6
erwerbslos	391	41,9	47,6	9,2	1,3	0,0
nicht auf Erwerb gerichtet	641	44,0	40,9	12,2	3,0	0,0
Insgesamt	2.662	22,6	45,3	22,9	6,0	3,1

¹⁾ Ohne Haushalte, in denen ein Haushaltsmitglied in der Haupttätigkeit selbständig in der Landwirtschaft tätig ist sowie ohne Haushalte ohne Angabe zum Einkommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus

**Privathaushalte mit erwerbstätiger Bezugsperson in der
Bundesrepublik Deutschland
nach Stellung im Beruf und monatlichem Haushaltsnettoeinkommen im Mai 2003**

	Haushalte insgesamt in Tsd. ¹⁾	Haushaltseinkommen von ... bis unter ... € in % der Haushalte insgesamt				
		Unter 900	900-2.000	2.000-3.200	3.200-4.500	4.500 u. mehr
Haushalte mit erwerbstätiger deutscher Bezugsperson						
Selbständige	2.248	7,7	25,7	27,7	18,3	20,6
Angestellte	9.359	6,3	36,5	32,5	16,1	8,6
Arbeiter	5.586	8,2	44,8	37,9	7,5	1,6
Insgesamt	18.712	6,7	36,0	33,7	14,7	8,9
Haushalte mit erwerbstätiger ausländischer Bezugsperson						
Selbständige	178	10,1	37,6	28,7	12,9	10,7
Angestellte	554	10,6	43,9	28,3	10,1	7,0
Arbeiter	873	9,2	51,1	32,8	6,3	0,7
Insgesamt	1.619	9,6	46,8	30,6	8,4	4,6

¹⁾ Ohne Haushalte, in denen ein Haushaltsmitglied in der Haupttätigkeit selbständig in der Landwirtschaft tätig ist sowie ohne Haushalte ohne Angabe zum Einkommen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus

Tabelle 40

Bausparverträge und Rücküberweisungen von ausländischen Arbeitnehmern und Auszubildenden in der Bundesrepublik Deutschland 2001

Angaben in Prozent

	Türkei	Ehem. Jugoslawien	Italien	Griechenland
Zahl der Befragten absolut	467	559	643	620
Davon mit Angabe eines monatlichen Sparbetrags	62,1	61,7	60,2	66,8
Davon mit Geldtransfers ins Heimatland	30,2	29,5	17,2	27,2
Davon mit Bausparvertrag	22,9	21,9	32,2	25,7
– beabsichtigte Investition im Heimatland ¹⁾	21,3	18,2	26,6	30,3
– beabsichtigte Investition in Deutschland ¹⁾	48,9	48,7	36,5	38,4
– weiß nicht / keine Angabe / in einem anderen Land ¹⁾	32,1	33,6	38,1	33,7

¹⁾ Die Summen der drei Zeilen ergeben mehr als 100%. Diese ergeben sich wahrscheinlich aus möglichen Doppelnennungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 2001. Bearbeitet von den Instituten Marplan und Polis. Offenbach und München 2002. Teil A, Tabellenband S. 55-59

Tabelle 41

Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit, Art der Nutzung und Fläche der Wohneinheit in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime) im Jahr 2002

Angaben in Prozent

Staatsangehörigkeit der Bezugsperson und Haushaltstypen	Haushalte insgesamt in 1000	Wohnfläche in qm				Durchschnittliche Wohnfläche
		Unter 40	40-80	80-120	120 u. mehr	
Insgesamt	35.033	4,5	43,1	30,2	22,2	90,0
Deutsch	33.191	4,2	42,4	30,4	22,9	90,9
Nichtdeutsch	1.842	8,9	56,4	26,1	8,6	74,7
Selbstnutzende Eigentümer						
Alle	15.128	0,6	16,9	38,4	44,2	116,0
Deutsch	14.831	0,6	16,7	38,4	44,4	116,1
Nichtdeutsch	297	(7,1)	26,9	39,4	32,7	107,7
Hauptmieterhaushalte						
Alle	19.905	7,4	63,1	24,0	5,5	70,3
Deutsch	18.359	7,1	63,2	24,1	5,6	70,5
Nichtdeutsch	1.545	10,4	62,0	23,5	4,0	68,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Entwicklung der Gesamtzahl der Einbürgerungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland nach Rechtsgründen sowie Einbürgerungsquoten in den Jahren 1994–2003¹⁾

Rechtsgrund der Einbürgerung	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000 ²⁾	2001	2002	2003
§ 85 Abs. 1 AuslG	-	-	-	-	-	-	53.634	74.643	85.492	86.288
§ 85 Abs. 2 AuslG	-	-	-	-	-	-	19.606	27.173	27.064	25.136
§ 8 StAG	-	-	-	-	-	-	15.440	10.212	8.855	7.740
§ 9 StAG	-	-	-	-	-	-	12.780	12.739	12.025	11.324
§ 40 b StAG	-	-	-	-	-	-	20.181	23.403	4.375	731
Sonstige Rechtsgründe ³⁾	-	-	-	-	-	-	2.725	2.571	2.814	4.306
§ 85 AuslG alte Fassung	10.419	12.141	14.409	12.859	16.932	23.572	11.604	5.324	2.802	992
§ 86 Abs. 1 AuslG alte Fassung	24.995	27.952	34.343	30.892	39.949	56.111	28.069	12.987	7.047	2.769
§ 86 Abs. 2 AuslG alte Fassung	7.570	13.290	18.070	19.557	26.004	34.625	22.649	9.046	4.073	1.445
§§ 8 u. 9 RuStAG	18.725	18.598	19.534	19.605	23.905	28.959	-	-	-	-
Einbürgerungen von Ausländern insgesamt	61.709	71.981	86.356	82.913	106.790	143.267	186.688	178.098	154.547	140.731
darunter weiblich	-	-	-	-	-	-	89.054	85.519	74.826	67.632
männlich	-	-	-	-	-	-	97.634	92.579	79.721	73.099
Ausländische Bevölkerung insgesamt	6.990.510	7.173.866	7.314.046	7.351.516	7.319.593	7.343.591	7.296.817	7.318.628	7.335.592	7.334.765
darunter weiblich	3.045.460	3.149.481	3.235.789	3.283.306	3.293.721	3.331.701	3.337.527	3.370.221	3.408.921	3.440.081
männlich	3.945.050	4.024.385	4.078.257	4.068.210	4.025.872	4.011.890	3.959.290	3.948.407	3.926.671	3.894.684
Einbürgerungsquote von Ausländern insgesamt	0,88	1,00	1,18	1,13	1,46	1,95	2,56	2,43	2,11	1,92
darunter weiblich	-	-	-	-	-	-	2,67	2,54	2,20	1,97
männlich	-	-	-	-	-	-	2,47	2,35	2,03	1,88

¹⁾ Nicht enthalten sind Einbürgerungen von Deutschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Art. 116 Abs. 1 GG in Verbindung mit § 6 StAngRegG). Seit 1.8.1999 erwirbt dieser Personenkreis die deutsche Staatsangehörigkeit kraft Gesetz.

²⁾ Ab dem Jahr 2000 ist ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft getreten, wodurch sich die Darstellung der Paragraphen geändert hat.

³⁾ Einbürgerungen nach § 16 Abs. 2 StAG, § 8 StAngRegG, § 11 StAngRegG, § 12 Abs. 1 StAngRegG, § 13 StAG, § 14 StAG, § 15 StAG, Art. 116 Abs. 2 S. 1 GG, § 9 Abs. 1 StAngRegG, § 9 Abs. 2 StAngRegG, § 21 HAG, Art. 2 des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 43

**Einbürgerungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Nationalitätengruppen
mit hohen Zahlen vollzogener Einbürgerungen in den Jahren 2002 und 2003**

Land der bisherigen Staatsangehörig- keit	2002				2003			
	Eingebürgerte Personen		Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit		Eingebürgerte Personen		Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit	
	insge- samt	darunter weiblich	absolut	in %	insge- samt	darunter weiblich	absolut	in %
Türkei	64.631	31.676	12.348	19,1	56.244	26.929	8.093	14,4
Iran, Islam. Republik	13.026	5.284	13.001	99,8	9.440	3.900	9.436	100,0
Serbien und Montenegro ¹	8.375	3.693	7.546	90,1	5.104	2.205	4.304	84,3
Afghanistan	4.750	2.171	4.735	99,7	4.948	2.215	4.945	99,9
Marokko	3.800	1.548	3.775	99,4	4.118	1.691	4.117	100,0
EU-Staaten	3.512	1.782	1.760	50,1	4.025	2.023	3.203	79,6
Ukraine	3.656	2.084	2.830	77,4	3.889	2.134	3.209	82,5
Kasachstan	2.027	1.202	60	3,0	3.010	1.787	124	4,1
Irak	1.721	646	409	23,8	2.999	1.120	629	21,0
Polen	2.646	1.632	188	7,1	2.990	1.949	120	4,0
Israel	1.739	803	1.604	92,2	2.844	1.419	2.696	94,8
Russische Föderation	3.734	2.187	2.033	54,5	2.764	1.448	2.432	88,0
Insgesamt	154.547	74.826	64.117	41,5	140.731	67.632	57.285	40,7

¹⁾ Bis 3.2.2003 BR Jugoslawien.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

**Eingebürgerte Personen in der Bundesrepublik Deutschland nach Bundesländern
in den Jahren 2001-2003**

Bundesland	Eingebürgerte Personen im Jahr			Veränderung zwischen den Jahren ... in %	
	2001	2002	2003	2001-2002	2002-2003
Baden-Württemberg	28.112	22.868	19.454	-18,7	-14,9
Bayern	19.922	17.090	14.641	-14,2	-14,3
Berlin	6.270	6.700	6.626	6,9	-1,1
Brandenburg	434	411	314	-5,3	-23,6
Bremen	1.857	1.936	1.656	4,3	-14,5
Hamburg	9.832	7.731	6.732	-21,4	-12,9
Hessen	18.924	17.421	17.246	-7,9	-1,0
Mecklenburg-Vorpommern	287	301	289	4,9	-4,0
Niedersachsen	14.693	12.838	11.655	-12,6	-9,2
Nordrhein-Westfalen	60.566	49.837	44.318	-17,7	-11,1
Rheinland-Pfalz	7.714	7.445	6.898	-3,5	-7,3
Saarland	1.235	1.287	1.473	4,2	14,5
Sachsen	547	498	492	-9,0	-1,2
Sachsen-Anhalt	447	482	447	7,8	-7,3
Schleswig-Holstein	5.123	5.128	4.310	0,1	-16,0
Thüringen	357	354	300	-0,8	-15,3
Einbürgerungen vom Ausland	1.778	2.220	3.880	24,9	74,8
Insgesamt	178.098	154.547	140.731	-13,2	-8,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

Tabelle 45

**Ausländische Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland, einschließlich
Asylbewerber und Aufnahme aus humanitären Gründen nach
Gruppen von 1999-2003**

Bestand jeweils zum Jahresende

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003
Asylberechtigte gemäß Artikel 16a Abs. 1 GG	185.000	164.000	146.000	131.000	115.000
Familienangehörige von anerkannten Flüchtlingen	130.000	130.000	130.000	170.000	150.000
Konventionsflüchtlinge nach § 51 Abs. 1 AuslG	44.000	54.000	69.000	75.000	75.000
Kontingentflüchtlinge	9.500	8.000	7.000	6.800	6.500
Jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen UdSSR	120.500	137.000	154.000	173.000	188.000
Ausländer mit Aufenthaltsbefugnis nach §§ 30, 32 AuslG1)	124.000	140.000	157.000	166.000	166.000
Heimatlose Ausländer	13.500	13.000	12.000	11.000	10.000
Geduldete Personen ¹⁾	255.000	225.000	207.000	210.000	210.000
Asylbewerber	264.000	200.000	191.000	164.000	128.000
Personen aus Bosnien und Herzegowina Duldung und Aufenthaltsbefugnis	50.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Insgesamt	1,2 Mio.	1,1 Mio.	1,1 Mio.	1,1 Mio.	1,1 Mio.

¹⁾ Im vorangegangenen Bericht als de facto Flüchtlinge ausgewiesen; ohne Personen aus Bosnien und Herzegowina.

Quelle: Bundesministerium des Innern, eigene Berechnungen

Erweiterung der Europäischen Union – Auszug Beitrittsakte/ANHANG V Tschechische Republik

Liste nach Artikel 24 der Beitrittsakte: Tschechische Republik

...

1. FREIZÜGIGKEIT

1. Hinsichtlich der Freizügigkeit von Arbeitnehmern und der Dienstleistungsfreiheit mit vorübergehender Entsendung von Arbeitskräften im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 96/71/EG gelten Artikel 39 und Artikel 49 Absatz 1 des EG-Vertrags zwischen der Tschechischen Republik einerseits und Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, den Niederlanden, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, der Slowakei, Finnland, Schweden und dem Vereinigten Königreich andererseits in vollem Umfang nur vorbehaltlich der Übergangsbestimmungen der Nummern 2 bis 14.

2. Abweichend von den Artikeln 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 und bis zum Ende eines Zeitraums von zwei Jahren nach dem Tag des Beitritts werden die derzeitigen Mitgliedstaaten nationale oder sich aus bilateralen Abkommen ergebende Maßnahmen anwenden, um den Zugang tschechischer Staatsangehöriger zu ihren Arbeitsmärkten zu regeln. Die derzeitigen Mitgliedstaaten können solche Maßnahmen bis zum Ende eines Zeitraums von fünf Jahren nach dem Tag des Beitritts weiter anwenden.

Tschechische Staatsangehörige, die am Tag des Beitritts rechtmäßig in einem derzeitigen Mitgliedstaat arbeiten und für einen ununterbrochenen Zeitraum von 12 Monaten oder länger zum Arbeitsmarkt dieses Mitgliedstaats zugelassen waren, haben Zugang zum Arbeitsmarkt dieses Mitgliedstaats, aber nicht zum Arbeitsmarkt anderer Mitgliedstaaten, die nationale Maßnahmen anwenden.

Tschechische Staatsangehörige, die nach dem Beitritt für einen ununterbrochenen Zeitraum von 12 Monaten oder länger zum Arbeitsmarkt eines derzeitigen Mitgliedstaats zugelassen waren, genießen dieselben Rechte.

Die in den Unterabsätzen 2 und 3 genannten tschechischen Staatsangehörigen verlieren die dort gewährten Rechte, wenn sie den Arbeitsmarkt des derzeitigen Mitgliedstaats freiwillig verlassen.

Tschechischen Staatsangehörigen, die am Tag des Beitritts oder während eines Zeitraums, in dem nationale Maßnahmen angewandt werden, rechtmäßig in einem derzeitigen Mitgliedstaat arbeiten und weniger als 12 Monate zum Arbeitsmarkt dieses Mitgliedstaats zugelassen waren, werden diese Rechte nicht gewährt.

3. Vor Ende eines Zeitraums von zwei Jahren nach dem Tag des Beitritts wird der Rat die Funktionsweise der Übergangsregelungen nach Nummer 2 anhand eines Berichts der Kommission überprüfen.

Bei Abschluss dieser Überprüfung und spätestens am Ende eines Zeitraums von zwei Jahren nach dem Beitritt teilen die derzeitigen Mitgliedstaaten der Kommission mit, ob sie weiterhin nationale oder sich aus bilateralen Vereinbarungen ergebende Maßnahmen anwenden, oder ob sie künftig die Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 anwenden möchten. Erfolgt keine derartige Mitteilung, so gelten die Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68.

4. Auf Ersuchen der Tschechischen Republik kann eine weitere Überprüfung vorgenommen werden. Dabei findet das unter Nummer 3 genannte Verfahren Anwendung, das innerhalb von sechs Monaten nach Erhalt des Ersuchens der Tschechischen Republik abzuschließen ist.

5. Ein Mitgliedstaat, der am Ende des unter Nummer 2 genannten Zeitraums von fünf Jahren nationale oder sich aus bilateralen Abkommen ergebende Maßnahmen beibehält, kann im Falle schwerwiegender Störungen seines Arbeitsmarktes oder der Gefahr derartiger Störungen nach entsprechender Mitteilung an die Kommission diese Maßnahmen bis zum Ende des Zeitraums von sieben Jahren nach dem Tag des Beitritts weiter anwenden. Erfolgt keine derartige Mitteilung, so gelten die Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68.

6. Während des Zeitraums von sieben Jahren nach dem Tag des Beitritts werden die Mitgliedstaaten, in denen gemäß den Nummern 3, 4 oder 5 die Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 für tschechische Staatsangehörige gelten und die während dieses Zeitraums Staatsangehörigen der Tschechischen Republik zu Kontrollzwecken Arbeitsgenehmigungen erteilen, dies automatisch tun.

7. Die Mitgliedstaaten, in denen gemäß den Nummern 3, 4 oder 5 die Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 für tschechische Staatsangehörige gelten, können bis zum Ende eines Zeitraums von sieben Jahren nach dem Beitritt die in den folgenden Absätzen beschriebenen Verfahren anwenden.

Wenn einer der Mitgliedstaaten im Sinne des Unterabsatzes 1 auf seinem Arbeitsmarkt Störungen erleidet oder voraussieht, die eine ernstliche Gefährdung des Lebensstandards oder des Beschäftigungsstandes in einem bestimmten Gebiet oder Beruf mit sich bringen könnten, unterrichtet dieser Mitgliedstaat die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten und übermittelt diesen alle zweckdienlichen Angaben. Der Mitgliedstaat kann die Kommission auf der Grundlage dieser Unterrichtung um die Erklärung ersuchen, dass die Anwendung der Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 zur Wiederherstellung der normalen Situation in diesem Gebiet oder Beruf ganz oder teilweise ausgesetzt wird. Die Kommission trifft über die Aussetzung und deren Dauer und Geltungsbereich spätestens zwei Wochen, nachdem sie mit dem Ersuchen befasst wurde, eine Entscheidung und unterrichtet den Rat von dieser Entscheidung. Binnen zwei Wochen nach der Entscheidung der Kommission kann jeder Mitgliedstaat beantragen, dass diese Entscheidung vom Rat rückgängig gemacht oder geändert wird. Der Rat beschließt binnen zwei Wochen mit qualifizierter Mehrheit über diesen Antrag.

Ein Mitgliedstaat im Sinne des Unterabsatzes 1 kann in dringenden und außergewöhnlichen Fällen die Anwendung der Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 aussetzen und dies der Kommission unter Angabe von Gründen nachträglich mitteilen.

8. Solange die Anwendung der Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 gemäß den Nummern 2 bis 5 und 7 ausgesetzt ist, findet Artikel 11 der Verordnung auf Staatsangehörige der derzeitigen Mitgliedstaaten in der Tschechischen Republik und auf tschechische Staatsangehörige in den derzeitigen Mitgliedstaaten unter folgenden Bedingungen Anwendung:

– die Familienangehörigen eines Arbeitnehmers nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung, die am Tag des Beitritts bei dem Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ihren rechtmäßigen Wohnsitz hatten, haben nach dem Beitritt sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt dieses Mitgliedstaats. Dies gilt nicht für die Familienangehörigen eines Arbeitnehmers, der weniger als 12 Monate rechtmäßig zu dem Arbeitsmarkt des betreffenden Mitgliedstaates zugelassen war;

– die Familienangehörigen eines Arbeitnehmers nach Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung, die ab einem Zeitpunkt nach dem Beitritt, aber während des Zeitraums der Anwendung der

genannten Übergangsregelungen bei dem Arbeitnehmer im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ihren rechtmäßigen Wohnsitz hatten, haben Zugang zum Arbeitsmarkt des betreffenden Mitgliedstaats, wenn sie mindestens achtzehn Monate in dem betreffenden Mitgliedstaat ihren Wohnsitz hatten oder ab dem dritten Jahr nach dem Beitritt, wenn dieser Zeitpunkt früher liegt.

Günstigere nationale oder sich aus bilateralen Abkommen ergebende Maßnahmen bleiben von diesen Bestimmungen unberührt.

9. Soweit bestimmte Vorschriften der Richtlinie 68/360/EWG nicht von den Vorschriften der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 getrennt werden können, deren Anwendung gemäß den Nummern 2 bis 5 und 7 und 8 aufgeschoben wird, können die Tschechische Republik und die derzeitigen Mitgliedstaaten in dem Maße, wie es für die Anwendung der Nummern 2 bis 5 und 7 und 8 erforderlich ist, von diesen Vorschriften abweichen.

10. Werden nationale oder sich aus bilateralen Abkommen ergebende Maßnahmen von den derzeitigen Mitgliedstaaten gemäß den oben genannten Übergangsregelungen angewandt, so kann die Tschechische Republik gleichwertige Maßnahmen gegenüber den Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedstaats oder der betreffenden Mitgliedstaaten beibehalten.

11. Wird die Anwendung der Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 von einem der derzeitigen Mitgliedstaaten ausgesetzt, so kann die Tschechische Republik gegenüber Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Slowenien oder der Slowakei die unter Nummer 7 festgelegten Verfahren anwenden. In dieser Zeit werden Arbeitsgenehmigungen, die die Tschechische Republik Staatsangehörigen Estlands, Lettlands, Litauens, Ungarns, Polens, Sloweniens und der Slowakei zu Kontrollzwecken ausstellt, automatisch erteilt.

12. Jeder derzeitige Mitgliedstaat, der nationale Maßnahmen gemäß den Nummern 2 bis 5 und 7 bis 9 anwendet, kann im Rahmen seiner einzelstaatlichen Rechtsvorschriften eine größere Freizügigkeit einführen als sie am Tag des Beitritts bestand, einschließlich des uneingeschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt. Ab dem dritten Jahr nach dem Beitritt kann jeder derzeitige Mitgliedstaat, der nationale Maßnahmen anwendet, jederzeit beschließen, stattdessen die Artikel 1 bis 6 der Verordnung (EWG) Nr. 1612/68 anzuwenden. Die Kommission wird über derartige Beschlüsse unterrichtet.

13. Um tatsächlichen oder drohenden schwerwiegenden Störungen in bestimmten empfindlichen Dienstleistungssektoren auf ihren Arbeitsmärkten zu begegnen, die sich in bestimmten Gebieten aus der länderübergreifenden Erbringung von Dienstleistungen im Sinne des Artikels 1 der Richtlinie 96/71/EG ergeben könnten, können Deutschland und Österreich, solange sie gemäß den vorstehend festgelegten Übergangsbestimmungen nationale Maßnahmen oder Maßnahmen aufgrund von bilateralen Vereinbarungen über die Freizügigkeit tschechischer Arbeitnehmer anwenden, nach Unterrichtung der Kommission von Artikel 49 Absatz 1 des EG-Vertrags abweichen, um im Bereich der Erbringung von Dienstleistungen durch in der Tschechischen Republik niedergelassene Unternehmen die zeitweilige grenzüberschreitende Beschäftigung von Arbeitnehmern einzuschränken, deren Recht, in Deutschland oder Österreich eine Arbeit aufzunehmen, nationalen Maßnahmen unterliegt.

Folgende Dienstleistungssektoren können von der Abweichung betroffen sein:

– in Deutschland

Sektor	NACE-Code, sofern nicht anders angegeben ¹⁸
Baugewerbe, einschließlich verwandte Wirtschaftszweige	45.1 bis 4; Im Anhang zur Richtlinie 96/71/EG aufgeführte Tätigkeiten
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	74.70 Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
Sonstige Dienstleistungen	74.87 Nur Tätigkeiten von Innendekorateuren

– in Österreich

...

In dem Maße, wie Deutschland oder Österreich nach Maßgabe der vorstehenden Unterabsätze von Artikel 49 Absatz 1 des EG-Vertrags abweichen, kann die Tschechische Republik nach Unterrichtung der Kommission gleichwertige Maßnahmen ergreifen.

Die Anwendung dieser Nummer darf nicht zu Bedingungen für die zeitweilige Freizügigkeit von Arbeitnehmern im Rahmen der länderübergreifenden Erbringung von Dienstleistungen zwischen Deutschland bzw. Österreich und der Tschechischen Republik führen, die restriktiver sind als die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags geltenden Bedingungen.

14. Die Anwendung der Nummern 2 bis 5 und 7 bis 12 darf nicht zu Bedingungen für den Zugang tschechischer Staatsangehöriger zu den Arbeitsmärkten der derzeitigen Mitgliedstaaten führen, die restriktiver sind, als die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags geltenden Bedingungen.

Ungeachtet der Anwendung der Bestimmungen unter den Nummern 1 bis 13 räumen die derzeitigen Mitgliedstaaten während der Dauer der Anwendung nationaler oder sich aus bilateralen Vereinbarungen ergebender Maßnahmen Arbeitnehmern, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaats sind, beim Zugang zu ihren Arbeitsmärkten Vorrang vor Arbeitnehmern ein, die Staatsangehörige eines Drittstaats sind.

Tschechische Wanderarbeitnehmer und ihre Familien, die rechtmäßig in einem anderen Mitgliedstaat ihren Wohnsitz haben und dort arbeiten, oder Wanderarbeitnehmer aus anderen Mitgliedstaaten und ihre Familien, die rechtmäßig in der Tschechischen Republik ihren Wohnsitz haben und dort arbeiten, dürfen nicht restriktiver behandelt werden als dieselben Personen aus Drittstaaten, die in diesem Mitgliedstaat bzw. der Tschechischen Republik ihren Wohnsitz haben und dort arbeiten. Darüber hinaus dürfen Wanderarbeitnehmer aus Drittländern, die in der Tschechischen Republik ihren Wohnsitz haben und dort arbeiten, gemäß dem Grundsatz der Gemeinschaftspräferenz nicht günstiger behandelt werden als tschechische Staatsangehörige.

¹⁸ NACE: siehe 31990 R 3037: Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 9. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 293 vom 24.10.1990, S. 1), zuletzt geändert durch 32002 R 0029: Verordnung (EG) Nr. 29/2002 der Kommission vom 19.12.2001 (ABl. L 6 vom 10.1.2002, S. 3).